

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg., zzgl. Postgebühren.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5gespaltene Zeilbreite oder deren Raum mit 20 Pfenningen berechnet. Werbeanzeigen 15 Pfenninge. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebenes Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Made in Germany.*

* Leipzig, 6. Juli.

Im Verlage von W. Heinemann** in London ist jüngst unter der Ueberschrift: *Made in Germany* ein Buch erschienen, das in Deutschlands industriellen Kreisen gelesen zu werden verdient. Die meisten der darin enthaltenen Aufsätze — von den acht Kapiteln, sechs — sind im Laufe der letzten Monate in der vom selben Verleger geleiteten *New Review* (Neue Rundschau) erschienen und haben bei ihrem Erscheinen in der englischen Presse eine nicht immer günstige Beurteilung gefunden.

Es ist allerdings unangenehm, sich von einem Landsmann in dürren Worten sagen zu lassen, daß Englands Industrie und Welthandel, dem die Nation ihren Reichtum und ihre Weltstellung verdankt, in die Brüche gehen, und zwar durch eigenes Verschulden der englischen Industriellen, die sich durch die Konkurrenten auf dem Kontinent, vorab durch Deutschland, in allen Zweigen aus dem Felde schlagen lassen. Man hat den Verfasser des Buches einen *Cassandra* genannt: es ist allerdings ärgerlich für die Engländer, die jetzt das Doppelte für ihre Kriegsmarine ausgeben als vor zehn Jahren, zu hören, daß der Welthandel, den diese teureren Eisenschiffe beschützen sollen, ernstlich gefährdet ist. Englands Welthandel! Allerdings gab es eine Zeit, wo Englands industrielles Weltreich unangefochten dastand.

England war das erste Land Europas, das sich aus der Kleinindustrie herausarbeitete, ungefähr um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die industrielle Revolution einleitete, die bis in die Mitte unseres Jahrhunderts es ihm ermöglichte, zahllose Gruben, Manufakturen, Fabriken und Magazine anzulegen und zu entwickeln, ohne durch Kriege im Innern gestört zu werden und aus allen auswärtigen Kriegen Vorteil ziehend. Die großen Kriege auf dem Kontinent, die die Kräfte festländischer Nationen erschöpften, besiegelten Englands industrielle Obmacht und machten es zur unbeschränkten Herrscherin des Weltmarktes. England bedeckte sich mit einem Netz von Eisenbahnschienen und das Meer wimmelte von englischen Handelsschiffen, die englische Erzeugnisse nach allen Weltteilen führten. Zwischen 1793 und 1815 war der Wert englischer Ausfuhrartikel

* Sprich: mähb in Dschermänth (engl.), = fabriziert in Deutschland. Diesen Vermerk tragen die nach England eingeführten deutschen Industrie-Erzeugnisse.

** *Made in Germany*, by E. E. Williams 21 Bedford Str., London W. C., Heinemann, 1896.

von 340 Millionen Mark auf 1160 Millionen Mark gestiegen. Kein Wunder, daß man sich diese Blüte als ewig dauernd vorstellte.

Wie es Deutschland gelungen ist, die Handelsvorherrschaft Englands zu erschüttern, das führt nun E. E. Williams in seinem äußerst lesenswerten Buch an der Hand der Statistik aus, wobei er die optimistischen Berechnungen und sanguinischen Schlüsse des bekannten amtlichen Statistikers Sir Robert Giffen mit feiner Hand über den Haufen wirft. In einem Abschnitt: *Die deutsche Revolution*, schildert er zusammenfassend die Methode der deutschen Großhändler und Industriellen, die diese Handelsumwälzung ausgeführt, folgendermaßen: „Die deutschen Jünglinge haben sich haufenweise in englische Handelshäuser gegeben, haben die englischen Handelsgeheimnisse ausgespiert und die deutschen Anstalten mit den dergestalt gestohlenen Kenntnissen bereichert. Deutschland hat seine Bevölkerung in einer Weise erzogen, welche sie in einigen Zweigen den Engländern überlegen, in anderen ihnen gleich gemacht hat. Deutsche Kapitalisten haben sich mit einfachen Sitt zufrieden gegeben, was ihnen ermöglichte, von sofortigen großen Profiten abzusehen und ihr Kapital zu nähren. Sie haben an ihren Pulken gebüffelt und ihre Söhne ebenfalls dazu angehalten; sie haben über alle Zweige ihres Geschäfts eine strenge Kontrolle geführt; sie haben vom Staat in mannigfacher Weise Unterstützung erlangt, unter anderen in reduzierten Eisenbahnfrachten nach den Seehäfen; sie haben sich in alle Weltteile eingeschlichen, civilisierte, barbarische und wilde, deren Sprachen erlernt und mühselig die Bedürfnisse und Geschmacksrichtungen der Völker studiert. Nicht damit zufrieden, daß die Deutschen die Vorteile der britischen Kolonisation mitgenossen, haben sie auf eigene Rechnung den einfältigen Wilden unter ihren Schutz genommen, und jetzt flattert der kaiserliche Adler in den Breiten der Südseeinsel und sentt sich über die schwere Luft des afrikanischen Küstenlandes. Deutschlands Diplomaten haben zahllose Handelsverträge abgeschlossen. Wie in England zieht die Landbevölkerung aus dem platten Land in die Städte, wo sie in riesigen Fabriken arbeitet. . . . Deutsche Agenten und Reisende strömen durch Rußland; überallhin, wo sich ein vorteilhafter Handel abschließen läßt, ja sie verkaufen deutsche Waren unter Kostenpreis, nur um ihr Ziel endlich zu erreichen. . . .“

Aber E. E. Williams ist ebenso freimütig als billig in der Verteilung der Schuld. Seine Anklagen gegen die englischen Industriellen, die er des Hochmuts, der Pflichtverletzung, der Dummheit und aller an einem Geschäfts-

mann unverzeihlichen Sünden und Untugenden bezichtigt, sind durch Zahlen, statistische Angaben, Auszüge aus Konsularberichten, öffentliche Reden und sonstiges Material belegt. Für jede seiner Behauptungen führt er Kapitel und Vers an. Auf allen Gebieten des Handels und der Industrie müssen die Engländer den kürzeren ziehen vor den Ausländern, besonders vor den Deutschen. Man nehme nur ein Fach, die Erzeugung von Chemikalien. Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli), der sich als Staatsmann gelegentlich in orakelhaften Ausagen gefiel, sagte einmal, der Handel in Chemikalien sei das Wetterglas für die Blüte einer Nation. Wenn man die unendliche Verzweigung dieses Handelszweiges in Betracht zieht und erwägt, daß Chemikalien sich in alle Zweige der Produktion und des Verbrauchs eindringen, so kann man an der Richtigkeit dieses Beaconsfieldschen Orakelspruches kaum mehr zweifeln. Und in der Herstellung und im Handel mit Chemikalien hat Deutschland die Engländer am weitesten überflügelt, beinahe so weit als in der Eisen- und Stahlindustrie. Man nehme z. B. nur die Anilinfarben. Diese sind eine englische Erfindung, die vor etwa 40 Jahren ein Mr. Perkins machte. Eine Zeitlang befand sich der Handel ganz in englischen Händen. Im Jahre 1895 waren die Engländer Abnehmer von 2634 Tonnen deutschen Anilins und von 3258 Tonnen deutschen Anilins und sonstigen aus Teer hergestellten Farbstoffen, eine Zunahme von 30 Proz. im Vergleich mit 1894. Deutschland fabrikt neun Zehntel der auf der Erde zur Verwendung kommenden Kunstfarben, Frankreich und die Schweiz teilen sich mit England in den Rest!

Es wäre ein Leichtes, aus dem vorliegenden Buch die Beispiele der deutschen Ueberlegenheit auf dem Gebiet der Industrie und des Handels zu vermehren: so anerkannt ist diese Ueberlegenheit, daß englische Kapitalisten in manchen deutschen Fabrikunternehmungen angelegt sind. Aber von größerem Interesse sind augenblicklich die zwei Schlusssätze, in denen der Verfasser die Lehren zusammenstellt, die die englische Nation aus dem Befagten ziehen soll und Rat erteilt, wie England sich von dem ihm dräuenden Untergang zu retten vermag. Denn daß das Handelschutzmarkengesetz von 1887 die Sache eher verschlimmert als verbessert hat, ist ersichtlich. E. E. Williams befürwortet in erster Linie das alte Rezept *fair trade*,* d. h. Gegenseitigkeit des Handels, Schutzöllneret. England soll die Waren aus denjenigen Staaten, die gegen englische Waren Schutzzölle

* Sprich fährt trähb, eigentlich anständiger, ehrlicher Handel.

Seuilleton.

54]

Nachdruck verboten.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Der Präsident erinnerte sich, daß er auf derselben Stelle, auf welcher er jetzt einen Moment stehen blieb, um nach dem Siebelhaufe hinüber und hinauf zu blicken, vor nun ungefähr dreißig Jahren in einer schönen Maiennacht von der braunäugigen Agathe Abschied genommen hatte, da er am nächsten Morgen in die Residenz reisen mußte — nur, um sein zweites Examen zu machen und dann wieder zu kommen, wie er dem weinenden Mädchen sagte, in Wirklichkeit aber, um viele Jahre wegzubleiben. Er hatte die kleine Agathe nicht wieder gesehen; er wußte nicht, was aus ihr geworden war; einmal hatte er, aber nicht als bestimmt, gehört, das Mädchen habe einen schlechten Lebenswandel angefangen und sei später in der Charité der benachbarten Universitätsstadt elend gestorben.

Es war eine unbequeme Reminiscenz, und der Präsident hielt sich nicht lange dabei auf; er hatte wichtigeres zu thun, und er beilte seine Schritte, bis er in die breitere Straße gelangte, in welcher, wie er wußte, das Haus seines Bruders lag. Es war eine stille, melancholische Straße; die eine Seite wurde von der langen, hohen Mauer des Klostershofes, über welche uralte Bäume ihre zum Teil verdorrten, zum Teil mit jungem Laub geschmückten Äste steckten, begrenzt. Die Häuser auf der anderen Seite waren meistens zweistöckig und sahen sich, da ihre Wände alle mehr oder

weniger mit Weinspallern bekleidet waren, so ähnlich, daß der Präsident nach einigen Suchen daran verzweifelte, das rechte zu finden und es für das Geratenste hielt, eine Dame in Trauerkleidung, die eben aus einem der Häuser getreten war und ihm in diesem Augenblicke den Rücken wandte, nach der Wohnung des Herrn Stadtrats von Hohenstein zu fragen.

Die Dame lehnte sich auf das hübsche: Erlauben Sie, Madame — um, und der Präsident erkannte zu seinem Erstaunen das schöne, junge Mädchen, das er vor einer Stunde in dem Siebelfenster des Schmitz'schen Hauses gesehen hatte. Das reizende Gesicht des Mädchens trug unverkennbare Spuren von Schmerz oder Verstärkung, ja der Präsident glaubte zu bemerken, daß die großen, blauen Augen eben erst geweint hatten.

„Ah, mein Fräulein, ich hatte, wenn ich nicht sehr irre, heute nachmittag schon einmal das Vergnügen, verzeihen Sie mir, als einem nahen Verwandten der Schmitz'schen Familie, die Neugier, mich nach Ihrem Namen zu erkundigen; ich heiße von Hohenstein, Präsident von Hohenstein.“

Und der Präsident verbeugte sich anmutig, den Hut über dem rechten Ohre haltend.

Mein Name ist Ottilie Schmitz, erwiderte das junge Mädchen, dem, als der Präsident seinen Namen nannte, das Blut in die Wangen geschossen war.

Der nahe Verwandte der Familie Schmitz war in der Genealogie dieses ehrenwerten Geschlechts keineswegs hinreichend bewandert, um durch diese kurze Antwort vollkommen befriedigt zu werden. Er sagte deshalb:

Ah, in der That, Fräulein Ottilie Schmitz? Ich erinnere mich. Und Sie haben einen Trauerfall in der Familie gehabt, Fräulein Schmitz?

Mein Vater, erwiderte Ottilie, deren Verwirrung mit jedem Augenblicke größer wurde.

„O! sagte der Präsident, das ist ja recht schmerzlich. Ihr Herr Vater! — Aber ich halte Sie in unverantwortlicher Weise auf. Ich hoffe, noch öfter das Vergnügen zu haben.“

Der Präsident trat mit einer tiefen Verbeugung auf die Seite, und Ottilie entfernte sich eilends, nachdem sie mit niedergeschlagenen Augen und hoch errötenden Wangen den Gruß kaum erwidert hatte.

„Hm! murmelte der Präsident, ein hübsches Mädchen; Ottilie Schmitz, Nichts, oder so was vernünftig meiner vortrefflichen Schwägerin, möglicherweise in einiger Zeit auch mit uns verschwägert. Ich muß in die Sache Klarheit bringen. Althilde hat sich, wie es scheint, in gewohnter Weise wieder einmal zu tief eingelassen. Es ist die höchste Zeit, daß ich die Angelegenheit in die Hand nehme. Jedenfalls ist dies Haus das rechte; da steht ja der Name auf dem Klingelschild.“

Der Präsident klingelte und fragte, ob der Herr Stadtrat zu Hause sei.

„Jezus Maria, Herr Präsident! schrie die dumme Ursel, welche vor Jahren einmal im Hause des Präsidenten gedient hatte und von den Zwistigkeiten der Familie Hohenstein hinreichend unterrichtet war; nein, wird sich aber der Herr Stadtrat freuen! Wollen Sie hier in dem Herrn sein Zimmer treten, Herr Präsident; ich will nur eben hinauflaufen und sagen, daß Sie hier sind.“

Aber ich werde doch nicht stören, liebes Kind?

„Jezus Maria, stören! Bitte, treten Sie näher, Herr Präsident.“

Ursel drängte fast den Präsidenten in das rechts von

errichten, durch entsprechend hohe Zölle von den englischen Märkten ausschließen. Im fünfzigsten Jahre der Einführung des Freihandels in Korn in England ist dieser Vorschlag allerdings verblüffend, wenn auch nicht unerwartet.

Ferner soll sich England mit seinen Kolonien in einen Zollverein zusammenschließen, damit diese die englischen Produkte billiger zulassen als die fremden. Aber die britischen Kolonien sind zu lange daran gewöhnt, auf dem billigsten Markt zu kaufen, als daß sie auf diesen Vorschlag leicht eingehen würden. Deutsche Waren, denen die Regierung in der Form von billigen Frachten und Prämien staatliche Unterstützung gewährt, sollten in der Höhe dieses Vertrages im englischen Landungshafen Zoll zahlen. Aber der englische Konsument liebt es, auf Kosten ausländischer Steuerzahler billig zu leben. Viel vernünftiger ist das Verlangen, durch Anstellung sogen. Handelskonsuln (es giebt nur drei solcher in Europa) dem englischen Handelsmann die Wege zu bahnen. Allein solange dieser die Verschmächtigung und Wünsche der fremden Konsumenten nicht berücksichtigt, seine Preislisten in englischer Sprache verbreitet, die fremden Länder nicht bereisen läßt und in insularem Hochmut kleine Aufträge abweist, sich den neuen Verhältnissen nicht anpaßt, so lange nützt auch die von E. C. Williams befürwortete bessere technische Ausbildung des englischen Arbeiters nur wenig.

Der Engländer ist ein konservatives Geschöpf; er hängt am Alten mit allen Wurzeln seines Wesens. Das ist auch in den Vorgängen im Parlament ersichtlich, wo man sich über Kirchenschulen herumzankt, während niemand ernstlich den Vorschlag machte, zur Gründung von neuen technischen Schulen das Geld der Steuerzahler zu verwenden. Die 10 Millionen Mark, die man den Agrariern in die Taschen schiebt, die ungezählten Hunderte Millionen, die die Eisenbahnen verschlingen, wären in der technischen Ausbildung des englischen Arbeiters besser angelegt.

Politische Uebersicht.

Alter oder neuer Kurs in der Sozialreform, das ist die Frage, die allerorten an den Rücktritt v. Verley's und an die Ernennung Bresfelds angeknüpft wird. An leitender Stelle giebt darauf die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Antwort, indem sie mit Entschiedenheit behauptet, „daß auf sozialreformatorischem Gebiete weder ein Stillstand noch ein Rückschritt beabsichtigt ist und der Natur der Sache nach gar nicht beabsichtigt sein kann“. Denn, so meint das offiziöse Blatt, die Arbeiterversicherungsgeetze, die einen Rechtsanspruch der Arbeiter geschaffen hätten, könnten niemals zurückgezogen werden; und die zweite Art sozialreformatorischer Thätigkeit, die in polizeilichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben im Interesse der schutzbedürftigen Teile des Volkes bestünde, könne, weil unentbehrlich, auch nicht aufgegeben werden. Allerdings dürfte sie nicht lediglich in Fürsorge für die Arbeiter sich erschöpfen.

Trotz dieser offiziellen Ablehnung, die durch ihre einschneidenden Bemerkungen selbst zu einer Bestätigung wird, kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Verley's Abgang einen Systemwechsel bedeutete: Stillstand, Rückschritt, das ist das Programm, das Herr Bresfeld vorgeschrieben ist, und daran ändern alle Zeitartikel der Norddeutschen nichts.

Der Reichsanzeiger bricht in seiner letzten Ausgabe eine Lanze für die preussischen Landschaften und ihre Pfandbriefemissionen. Die preussischen Landschaften sind von Notleidenden dirigierte Junker-Kreditanstalten, die sehr feudal verwalten werden und manchmal auch Gelder für den Bund der Landwirte abstoßen, ein Vorgehen, das auch der Reichsanzeiger entschieden mißbilligt. 3000 Mark hatte bekanntlich die Olgau-Saganer Firschtumslandschaft an den Bund der Landwirte bewilligt. Der Junker Begehr ist, daß die Pfandbriefe der Landschaften im selben Range wie die Reichs- und Staatspapiere stehen, d. h. zu denselben Zinssätzen von der Reichsbank beliehen werden sollen. Das ist bei der ganzen Sachlage ein unersprorenes Verlangen. Der Reichsanzeiger erklärt, daß die Lage der „vortrefflich verwalteten“ landschaftlichen Kreditinstitute „vollkommen gesichert“ sei. Soweit die Landschaften überhaupt Ausfälle an Zinsen und Kapital gehabt

hätten, seien diese so gering, daß auch die zur ersten Deckung bestimmten Sicherheitsfonds nur ganz unwesentlich in Mitleidenchaft gezogen seien. Die Landschaften „verdienen das ihnen entgegengebrachte Vertrauen auch heute noch in allervollstem Maße“.

Diese Reklame in Vausch und Bogen von Amts wegen — auch die vom preussischen Ministerium des Innern herausgegebene Berliner Korrespondenz hant in die gleiche Kerbe — geht denn doch übers Dohnenlied.

Die Landschaften, ein altpreussisches Gewächs, sind öffentlich-rechtliche Anstalten für den Bodenkredit der Mittlerschaft, bankmäßige Genossenschaften zur Organisation des Bodenkredits für den Großgrundbesitz, in Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen und den Marken. Es werden bevorrechtete Pfandbriefe bis zu einer gewissen Quote des von den Landschaften ermittelten Lagerwertes der Güter geschaffen; diese Pfandbriefe sind eine Fortentwicklung des Hypothekensystems und lauten auf den Inhaber.

Für diese Pfandbriefe, die als Anlagewert auf den Markt kommen und den Agrariern die Möglichkeit bieten, sich leicht und reichlich für ihre Unternehmungen Kredit zu verschaffen, bürgt die Genossenschaft der Kreditverbundenen gegenüber den Pfandbriefinhabern. Aber die Art dieser Garantie ist sehr verschieden; nicht überall bürgt der gesamte Großgrundbesitz einer Provinz; ein hoher Prozentsatz der Landschaften kennt keine Gesamtschaft.

Zu verlangen, daß in einer Zeit der schärfsten Agrarkrisis, von der doch gerade die nockleidenden Junker am meisten zu jammern wissen, die Pfandbriefe der Landschaften ebenso bewertet werden sollen, wie die überall marktgängigen erbklassigen Staats- und Reichspapiere, ist ein Unbding. Haben doch die Pfandbriefe der altpreussischen Landschaften außerhalb der ostelbischen Bezirke keine Bedeutung!

Aber die Edelsten und Besten verlangen, daß die Reichsbank, die ihrem ganzen Wesen nach ihre Mittel nicht auf die langen Fristen des landwirtschaftlichen Kredits festlegen darf, soll sie ihre Aufgabe erfüllen, für die bei ihr lombardierten Pfandbriefe nicht höheren Zins nimmt als etwa von preussischen Staatspapiern.

Trotz aller Empfehlungen des Reichsanzeigers und der Berliner Korrespondenz wird der Unterschied zwischen Staatspapieren und Pfandbriefen bestehen bleiben, und die Reichsbankpolitik, die diesen Unterschied mißachtete, unterwirft sich blindlings dem Gebote der Sühner.

Daß dies jetzt nicht geschieht, ist der bittere Schmerz der Wirbich, Standby und Genossen, und unablässig mühen sie sich, dem verhassten Reichsbankpräsidenten Koch, der doch noch ein so scharfes Wort gegen agrarische Begehrlichkeit findet, Schwierigkeiten zu bereiten.

Für uns aber ist dies Schauspiel, der Ringkampf des untergehenden Junkerbetriebes mit dem modernen Großkapitalismus, so lehrreich wie nützlich.

Deutsches Reich.

Berliner Brief.

Der B-Minister. — Fall Friedmann Nr. 2. — Von der Hofgesellschaft.

W. Berlin, 5. Juli.

Es genügt, daß der Name des Ministers mit B. beginnt; die B-Minister sind eben augenblicklich am Stürzen und Gestürztwerden. Darum erst Verley's, nunmehr die Gerichte über Hofe und den Kriegsmilitärminister Bronsart von Schellendorf. Es muß für einen Mann von eigener Initiative heutzutage ein Genuß sein, preussischer Minister zu sein. Schlimmer kann's ja unter einem so verurteilten System wie dem rein parlamentarischen nicht sein: so ein Minister sitzt keinen Tag sicher auf seinem Sessel; jetzt soll gar der strebsame Kriegsminister seinem ebenso eifrigen Kollegen Köller folgen wollen. Diese Pflöckigkeit der Ministerwechsel in Deutschland trägt zur Stabilität in der Regierung zwar nichts bei, erhöht auch ihr Ansehen nicht, wohl aber stärkt es den anderen Faktor der Gesetzgebung, und zwar den Reichstag.

Die Minister wechseln ganz nach dem Willen ihres Monarchen. Heute noch auf hohen Rossen, morgen in den Brust geschossen! Heute eine stolze feierliche Erklärung, morgen weit weg vom Schauplatz der Thaten, ohne Macht und ohne Einfluß — das ist der deutsche Minister von heute. Auch der Kriegsminister wird die Willkür dieses Volkes in seiner Sommerfrische auskosten. Warum legte er sich in Sachen der Militärstrafprozessordnung fest? Er glaubte, es mit christlichen Herzen thun zu können. Aber er vergaß, daß die Anschauungen wechseln,

daß der Einfluß des Militärkabinetts und eines Teiles der Hofgesellschaft, der Einfluß der kommandierenden Generale auch nicht zu ignorieren ist. Warum war er seiner Zeit nicht vorvorsichtiger? Nicht nur er, sondern auch der Reichsanzeiger? Sie hofften bestimmt, dem Reichstag eine Reformvorlage der Militärstrafprozessordnung bringen zu können, sie versprachen diese Vorlage, aber sie finden jetzt Widerspruch und der Kriegsminister denkt schon an seinen Rücktritt. Gewiß, der kaiserliche Oheim wird dann auch nicht anders können als fern von der Wilhelmstraße seinen Kaffee zu kochen.

Der Fall Friedmann Nr. 2 hat mit einer harten Verurteilung geendet. Hermann Friedmann, der Wanddirektor, und Fritz Friedmann, der Rechtsanwalt, machen sich gegenseitig die Ehre, das größere Schwindelgenie sein zu dürfen, freitig. Hermann Friedmann, der gestern zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hat Millionen fremdes Geld verjodbert und verspeult, ohne daß ein Hahn danach krächte. Wenn dieser Mann jetzt plötzlich als Sündenbock gestraft wird, so geschieht ihm wohl recht. Aber man vergesse nicht, daß seine Geschäfte im Prinzip nicht schlechter waren als die Mehrzahl der Börsengeschäfte überhaupt. In der Börse zeigt sich eben nun einmal der ganze Anarchismus unserer Produktions- und Distributionsweise. Alle Geschäfte beruhen mehr oder weniger auf subjektiven Annahmen, auf Sentiments, auf Hoffnungen und Befürchtungen, die realen Grundlagen fehlen: es muß eben gespielt werden. Der Zufall ist öfter maßgebend als die Berechnung. Es ist nicht zu leugnen, daß Friedmann ein leichtsinniger Optimist war und daß er dafür nunmehr zu büßen hat.

Aber wir können aus dem Prozesse keine andere Schlussfolgerung ziehen, als die: Spekulationen à la Friedmann können nur in einer Gesellschaft möglich sein, die einen Ueberblick über ihre eigene Produktionsfähigkeit und deren Rentabilität noch nicht gewonnen hat. Und das ist's, was die Sozialdemokratie der bürgerlichen Gesellschaft zum Vorwurfe macht: vollständiger Anarchismus auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Nur auf diesem anarchischen Boden kann ein Typus Friedmann wachsen.

Abermals eine neue Broschüre über den Fall Koye und die anonymen Schmähbriefe erscheint in den nächsten Tagen (sie ist forden unter dem Titel: Der Fall Koye, des Kämpfers Lösung in dem berufenen Verlage des Casar Schmidt in Zürich erschienen. Red.). Auch diese Schrift wird voraussichtlich der Konstitution der Staatsanwaltschaft verfallen. Wieviel richtiges derartige Broschüren enthalten, ist schwer zu entscheiden; eines geht aber aus allen mit ziemlicher Sicherheit hervor, und das ist eine moralische Beurteilung der Hofgesellschaft. Wie dort spontiert, intriguiert wird, das ist kaum zu glauben. Während Herr von Koye im Gefängnis saß, soll die Polizei anonym benachrichtigt worden sein, sie solle im Doudoir einer gewissen Aristokratin ein Geheimfach öffnen; dort würden Briefe sein, aus denen sich der Name des anonymen Briefschreibers entnehmen lasse. Die Polizei habe dieser Denunziation Folge geleistet und die Angaben bestätigt gefunden. Solche Details verrät die neueste Broschüre. Leider sind alle derartigen Angaben schwer zu prüfen und werden nur dadurch immer interessant, daß der pflichteifrige Staatsanwalt solche Broschüren sofort immer konfisziert. Ganz analog hat eben in Braunschweig ein Strafprozess, berechtigtes Aufsehen erregt, in dem ein früherer Hofbeamter wegen schwerer persönlicher Beschuldigungen gegen den Prinzregenten Albrecht verurteilt wurde. Und warum? Weil der Staatsanwalt und das Gericht von vornherein die Erbringung des Wahrheitsbeweises, den der Angeklagte anbot, einfach ablehnte. Ja, da ist es denn kein Wunder, wenn im Volke die ungeheuerlichsten Gerüchte kosporiert worden und schließlich geglaubt werden? Wahrheit braucht das Licht nicht zu scheuen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

S. Frankfurt a. M., 5. Juli. Vor der Strafkammer des Landgerichts standen der Steinmetz Georg Koch von hier und dessen Ehefrau Susanne, beide unbestraft, angeklagt durch verschiedene Äußerungen den deutschen Kaiser beleidigt zu haben. Der Angeklagte wurde zu drei, seine Ehefrau zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

* Berlin, 6. Juli. Zu der Nachricht von der Demission Bronsart's v. Schellendorf schreibt die Stummische Post: „Daß Herr Bronsart v. Schellendorf schon seit Monaten den Wunsch hegt, von seinem aufreibenden Amte sich ins Privatleben zurückzuziehen, ist bekannt, darüber aber, ob der Kriegsminister, der gegenwärtig auf Urlaub auf seinem Gute Marienhof weilt, die

Flur zu ebener Erde gelegene Zimmer ihres Herrn und machte die Thür hinter ihm zu.

Der Präsident sah sich neugierig in dem Zimmer um; er war, so lange der Stadtrat verheiratet war, noch nie bei demselben gewesen. Er hatte sich die hässliche Einrichtung des Bruders — wenn er einmal, was selten geschah, daran dachte — immer klein, unbedeutend, armselig vorgestellt und war deshalb einigermaßen erstaunt, das gerade Gegenteil von dem allen zu finden. Teppiche auf dem Fußboden, etwas altertümliche, aber bequeme, sogar kostbare Möbel, seidene Gardinen vor den Fenstern, schöne Kupferstiche und treffliche Glipse an den in pompejanischem Rot gemalten Wänden. Stattlicher sah es in seinem eigenen Arbeitskabinet nicht aus. Ja, ja, wir Hohensteins haben Geschmack, sagte der Präsident; es ist ein eigenes Ding um den Borzug, aus guter Familie zu sein, man encanaillert sich doch nicht so leicht, wie ich sehe. hm, hm! Es wäre am Ende so übel nicht — wenn man nur des Alten sicher wäre.

Der mit Alten und Papieren bedeckte Arbeitstisch des Stadtrats erregte die Aufmerksamkeit des Präsidenten. Ein offener, mit großen plumpen Buchstaben geschriebener Brief lag so, daß man ihn — wenn man sich, wie der Präsident, scharfer Augen erfreute — noch aus einiger Entfernung bequem lesen konnte.

Steht es so? murmelte der Präsident, von dem Schreibtisch schnell zurücktretend und sich in die Betrachtung eines Bildes am entgegengesetzten Ende des Zimmers vertiefend; so hat Klothilde also ausnahmsweise doch einmal das Gras wachsen hören. Das ist freilich etwas anderes. — Ah! da bist Du ja, lieber Bruder, wie freue ich mich, daß ich Dich endlich einmal unter vier Augen sprechen kann!

Der Präsident war dem ins Zimmer tretenden Stadtrat mit weit vorgestreckten Händen entgegen gegangen; aber

er stuzte unwillkürlich, als er das bleiche, aufgeregte Aussehen des Bruders bemerkte.

Mein Himmel, Arthur, Du bist krank; ich komme Dir ungelegen!

D, nicht doch, nicht doch — ein wenig angegriffen — das ist alles, erwiderte der Stadtrat, mit bleichen Lippen lächelnd und die Hände des Bruders ergreifend; ich freue mich, freue mich sehr, Dich bei mir zu sehen. Aber willst Du nicht Platz nehmen? Du kommst mir zuvor; ich würde mir heute abend selbst die Erlaubnis genommen haben, Dich in Deiner Wohnung aufzusuchen. Wichtige Familienangelegenheiten, von denen ich in der That nicht weiß, was Du dazu sagen wirst.

Vorerst, lieber Bruder, unterbrach ihn der Präsident, sich in das bequeme Sofa sinken lassend, gib mir Nachricht über das Befinden der Deinen. Wie geht es Deiner Frau? Wie geht es dem Wolfgang?

Besser, besser, ich darf wohl sagen gut. Wir haben eben eine Konferenz gehabt, in welcher Eure Namen oft genannt wurden.

Lieber Arthur, sagte der Präsident, sich auf seinem Sitze vornüber beugend und seine Hand leicht auf den Arm des Stadtrats legend, laß uns ohne Rückhalt, wie es Brüdern geziemt, offen zu einander sprechen. Wir sind uns durch jahrelanges, thörichtes Schmolzen ein wenig entfremdet, aber ich denke, wir werden uns wohl noch verstehen, wie wir uns früher verstanden, als wir auf derselben Schulbank saßen und Du, obgleich Du zwei Jahre jünger bist, mir meine Arbeiten korrigierdest. Du warst der Geheiltere von uns beiden und hättest eine große Carrière machen können, wenn Du, wie es ja auch natürlich war, zu uns gehalten hättest. Laß mich ausreden, lieber Bruder! Siehst Du, gerade weil ich so viel von Deinen Talenten hielt, gerade

weil ich wußte, daß Du ein Stolz der Familie sein könntest, wenn Du wolltest — gerade deshalb kränkte es mich so sehr, daß Du eine Richtung einschlugst, die Dich weiter und immer weiter von uns entfernen mußte und in der That entfernt hat. Wie tief mein Kummer über das alles gewesen ist, das habe ich erst jetzt an der Freude erfahren, die ich empfand, als ich vorgestern Abend auf dem Rathause vor allen Anwesenden in Dir den Retter der Stadt umarmen konnte. Lieber Arthur! Laß uns nachholen, was wir verkannt haben, so weit es noch möglich ist! Wie groß mein Vertrauen zu Dir ist, kannst Du daraus abnehmen, daß ich heute als eine Art Wittender, um Aufschluß Wittender zu Dir komme. Um es kurz zu machen: Meine Frau hat mir ein Langes und Breites von einer stillen Reue erzählt, die meine Kamilla während des Besuchs auf Meinfelden für Deinen Wolfgang und, wie Klothilde meint, Dein Wolfgang umgekehrt für meine Kamilla gefaßt hat; ich habe mit dem Kinde selbst natürlich noch nicht gesprochen, werde es auch nicht thun, bevor ich weiß, was denn nun eigentlich an der Sache, die mich natürlich höchlich überrascht hat, ist. Und zu dem Zwecke bin ich eben hier. Hat Dir Dein Wolfgang, oder Deine Frau — Frauen sind in diesen Dingen so äußerst scharfsinnig — ein Mitteilungs gemacht? Du siehst, ich vertraue Dir ganz, vertraue Du auch mir.

So hast Du keinen Brief von dem Onkel erhalten? sagte der Stadtrat.

Von dem Onkel? Nein — kein Wort! sagte der Präsident.

(Fortsetzung folgt.)

einleitenden Schritte zu seinem Rücktritt jetzt wirklich unter- nommen hat, haben wir bestimmtes nicht erfahren können.“

In den Reihen der Agrarier tritt es auch. Der Termin- Bloch, das infant terribile der Junker, ist schon seit längerer Zeit in den Hintergrund getreten, und die Staatsmänner der Rechten suchen Anschluss an die Regierung. General von Bobbielski, der Vorsitzende der Vorkriegs-Kommission, hat sein Amt als Vorsitzender des Provinzialverbandes Branden- burg des Bundes der Landwirte niedergelegt; auch andere Abgeordnete lazieren. Was will das werden? —

Der neue Handelsminister Dresfeld hat, als er noch in Düsseldorf war, einmal als national-liberaler Wahlmann bei einer Landtagswahl fungiert. —

Den Kapitänen der Handelschiffe, die zugleich Offiziere des Verlaubtenstandes sind, hat bekanntlich der Kaiser durch Telegramm aus Wilhelmshafen die Berechtigung verliehen, das eiserne Kreuz in der deutschen Handelsflagge zu führen. Es wird in Hamburger Blättern die Frage aufgeworfen, ob diese Maßnahmen, die sich als Ausföhrung der zu Art. 55 der Reichsverfassung erlassenen kaiserlichen Verordnung vom 8. No- vember 1892 darstellen und demgemäß eine Regierungshandlung ist, die Gegenzeichnung des Reichskanzlers erhalten habe. Da liest man u. a.: „In Interessentenkreisen findet die Maß- nahme nicht überall Billigung. Es werden dadurch zwei Klassen von Seelapitänen geschaffen. Im Ausland wird man die Kapitä- ne ohne Kreuz auf der Flagge bald für minderwertig halten zum Schaden der von ihnen geföhrten Schiffe. Auf der anderen Seite befürchtet man, daß im Anschluß an diese Neuerunglichkeit der Ton des Reserveoffiziers in die Handelsflotte Eingang finden könne. Gerade die alten, tüchtigen Kapitäne sind nur sehr selten Offiziere des Verlaubtenstandes. So ist z. B. der Direktor der deutschen Seewarte zu Hamburg, Wirkl. Geheimer Admiralitätsrat Neumayer, einer jener alten Handelskapitäne, die nicht als Offiziere des Verlaubtenstandes auf der Marine gebildet haben. Erst in neuerer Zeit ist es etwas mehr Sitte geworden, daß Steuerleute und Kapitäne der Handelsmarine gleichzeitig Offiziere der Kriegsmarine sind.“ —

In Sachen des Margarinegesetzes hat der Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates in seiner Sitzung vom 3. Juli in Dresden eine Eingabe an den Bundesrat erlassen. Darin werden die Regierungen gebeten, „trotz der erhobenen Bedenken gegen einzelne Bestimmungen hochgeneigt“ das Gesetz anzunehmen. Die Ploebianer und ihre Hilfstruppen setzen sich über die Gründe, die die Regierung durch ihre Vertreter vor- bringen läßt, einfach hinweg. Alsdann kommt der Landwirts- schaftsrat und bittet den Bundesrat sehr höflich im Interesse der „bedrängten Landwirtschaft“ um Sanktionierung der Be- schlüsse des Bundes der Landwirte. Die Regierung hat sich so bestimmt gegen das Föderverbot und gegen die Vorschrift be- treffs Trennung der Verkaufsräume erklärt, daß ein Nachgeben hier den Fluch der Lächerlichkeit mit sich brächte. Worten wir ab!

Bei der Reichstagserversammlung in Halle a. S. erhielten nach dem amtlichen Wahlergebnis von 30935 abgegebenen Stimmen Freil. Kunert (Soz.) 15687, Dr. Meyer-Berlin (Freil. Vg.) 7239, Wertzeugmeister Kühme-Halle (deutschl.) 4268, Geh. Bergrat Krudt-Halle (freik.) 3734. Kunert ist somit gewählt.

Freiherr v. Stumm und die Saarbrücker Geistlich- keit. In den allerneuesten Tagen wird, so meldet die Deutsche Tageszeitung, bei Wardenhoef u. Ruprecht in Göttingen eine Broschüre erscheinen unter dem Titel: Freiherr von Stumm- Halberg und die evangelischen Geistlichen der Synode Saar- brücken, ein Beitrag zur Zeitgeschichte, herausgegeben im Auf- trage der evangelischen Pfarrkonferenz.

Löwenberg i. Schl., 5. Juli. Nach amtlicher Feststellung erhielten bei der am 4. Juli stattgehabten Reichstagsver- sammlung im Wahlkreise Löwenberg i. Schl. von 9255 abgegebenen Stimmen Rektor Kopsch-Berlin (Freil. Vg.) 4594, Graf Rositz-Bobten (kon.) 4498, Rixdorf (Soz.) 99 Stimmen. Es ist somit Stichwahl erforderlich.

Im Jahre 1893 siegte im ersten Wahlgange der Konser- vative mit 5051 Stimmen; der Kandidat der Freil. Volkspartei erhielt 4486, der Sozialdemokrat 78 Stimmen.

Diesmal ist die Stimmenzahl des Freisinnigen gestiegen, die des Konservativen, für den die offizielle schlesische Central- leitung, Porsch, und als Haupt der Geistlichkeit Fürstbischof Kopp eingetreten waren, ist gesunken. Bekanntlich haben einige katholische Geistliche des Kreises gegen den Zwang der Leitung gemurmelt, und mit ihnen sind offenbar eine große Anzahl kleiner Wähler für Kopsch eingetreten. Wünschen wir, daß die Stich- wahl den Junker Rositz aus dem Sattel hebt! Daß das kleine Fährlein unserer Wähler seine Pflicht thut und dabei thätig mithelfen wird, versteht sich am Rande.

Riel, 4. Juli. Der Banzer König Wilhelm verlor auf der Fahrt eine Dampfmaschine, die, durch den hohen Seegang an eine Schwimmboje geschnürt, ein schweres Led erhielt und sofort sank. Nur mit großer Anstrengung vermochte sich die aus steben Matrosen bestehende Besatzung auf die Scheibe zu retten.

Schweiz.

Eine Polizeigeschichte.

Die Polizei und die Spitzeln sind ebenso international wie der Kapitalismus. Ob Republik, ob Autokratie, das macht keinen Unterschied: die Hüter der Geseze und Schützer der Ord- nung reihen sich brüderlich die nicht immer ganz sauberen Hände, wenn es den Kampf gegen den vaterlandslosen Unsturz gilt. Die Berner Tagwacht, unser Bruderblatt, ist jetzt in der Lage, die viel bestrittenen und abgeschworenen Beziehungen schweize- rischer Behörden zu den Schergen des Zarentums zu be- weisen. Den polnischen Sozialisten ist es gelungen, aus der Kanzlei der Gendarmerie, d. h. der geheimen Polizei in Warschau, eine Anzahl geheimer Dokumente zu erhalten. Darunter ist auch ein „Verzeichnis aller Personen, die vom Polizeidepartement gesucht werden und sich im Auslande befinden“. In einer der kurzen Biographien eines gewissen M. D. (jetzt Dr. med. in Frankreich) steht, daß sein Kneipfaß unter den Papieren des in Zürich durch eine Bombenexplosion getöteten Russen Dembo gefunden wurde. Nun wurden diese Papiere, als die zerfleischte Leiche Dembos nach Hause gebracht wurde, von der schweize- rischen Polizei verfigelt und in Aufbewahrung genommen. Wie kam also die russische Polizei wissen, was jene Papiere enthalten, wenn schweizerische Behörden sie ihnen nicht aus- geliefert hätten?

Belgien.

Die Neuwahlen.

Brüssel, 5. Juli. In Belgien haben heute 77 Neuwahlen zur zweiten Kammer stattgefunden. Nach den bis jetzt vor-

liegenden Zahlen dürfte es in Brüssel zur Stichwahl zwischen den von den Radikalen und den Sozialisten gemeinsam aufgestellten Kandidaten und den 18 liberalen Kandidaten kommen, die bis jetzt die Sitze inne hatten und wieder als Kandidaten aufgestellt wurden.

Niederlande.

Di-Gung-Tschang und sein Ende!

Amsterdam, 4. Juli. Die Diamantindustrie in Amster- dam, die 1870 nicht ganz 1000 und jetzt über 11000 Menschen beschäftigt, sucht neue Absatzgebiete. Doch woher sie nehmen? Vornehmlich die drohende Mac Kinley-Gefahr in Amerika zwingt sie dazu. Das Organ des niederländischen Diamantarbeiter- bundes entwickelt jetzt den Juwelenhändlern und der nieder- ländischen Regierung ein neues Plänchen, ein kleines Meister- stück kapitalistischer Scharfschläge. Sie sollen nämlich bei Di- Gung-Tschang, der bald nach Holland kommt, darauf hinwirken, daß jenes chinesische Gesez abgeschafft wird, wonach es verboten ist, mit Juwelen und Diamanten sich zu schmücken, wenn man nicht einer gewissen Klasse angehört und entweder Mandarine, Priester oder Mitglied der Fürstenfamilie ist. Kaufleute, Frauen u. dürfen sich nicht mit Edelsteinen schmücken.

Daß Diamantarbeiterblatt meint, wenn Di-Gung-Tschang das ändern wollte, dann könne er seine leere Schatzkammer reichlich füllen, indem er das Tragen von Edelsteinen zwar freigebe, aber mit einer hohen Steuer belaste. So sei allen geholfen: die Amsterdamer Diamantindustrie bekomme Arbeit, Di-Gung- Tschang seine Steuern, ja vielleicht springt sogar noch eine kleine Hundertmillionenleihe auf dem niederländischen Geldmarkte dabei heraus.

Fürwahr, der Einfall ist nicht schlecht. Ohne Zweifel wird dem Di-Gung-Tschang jetzt von den niederländischen Diamantindustriellen auch ein ebenso begeisterter Empfang bereitet werden, wie die deutschen Industriellen es thaten.

Dänemark.

Der Soldatenport. — Vetterwirtschaft in der Gemeinde.

Kopenhagen, 4. Juli. Wo alles liebt, kann Karl allein nicht lassen! Wenn die großen Staaten ihr Geld für militärische Rüstungen wegwerfen, dürfen die Kleinen nicht hintenan bleiben. Eine solchen verächtlichen Statist zeigt in überaus reichlicher Weise, wieviel höher in Dänemark die Kunst des Menschentötens als diejenige der Weingeistzuehung geschätzt wird. Die durch- schnittliche Jahresentnahme eines ländlichen Lehrers (1181 Kronen) ist noch nicht halb so groß wie diejenige eines Offiziers (2425 Kronen). Es werden jährlich ca. 8000 Soldaten aus- gebildet, die der Staatskasse 13328000 Kronen kosten, das ist pro Soldat 1666 Kronen. In den öffentlichen Schulen wurden 1893 unterrichtet 288470 Kinder und ihre ganze Ausbildung kostete 7718771 Kronen, das ist pro Kind und Jahr 23 Kronen. Für die Ausbildung eines Soldaten zum systematischen Menschen- mord zählt der Staat also ungefähr ebensoviele wie für die jährliche Erziehung von 63 Kindern zu nützlichen Bürgern. Das ist die Vernunft des Kapitalismus.

In der kommunalen Vertretung Kopenhagens wird in den letzten Wochen heftig um eine neue Pferdebahnlinie gekämpft. Die konservative Majorität will sie dem privaten Kapital aus- liefern, während die demokratische Minderheit sie durch die Gemeinde und für die Gemeinde treiben will.

Bezeichnend dabei ist es, daß der in Frage kommende Kapitalist (nebenher bemerkt einer der frömmsten Christen Dänemarks) nicht weniger als drei, direkt von ihm abhängige Männer in der kommunalversammlung sitzen hat. Ueber die indirekte Abhängigkeit lassen sich ja leider keine Zahlen aufstellen. Die Reaktion hat die ganze Skala ihrer üblichen Einwendungen heruntergeliefert, von dem „Sprung in den Sozialismus“ bis zum „finanziellen Ruin“ der Gemeinde, durch die Uebernahme des Betriebes, nach dem sich die privaten Kapitalisten alle fünf Finger lecken. Selbstverständlich fehlte auch der ehrwürdige Satz nicht, daß der Magistrat gar nicht vermöge, ein solches Geschäft erprießlich zu betreiben. Ein demokratischer Abgeordneter erwiderte dem Witzgermeister, der diese Bescheidenheit zu ver- treten hatte: „Im Gegenteil! Einen Pferdebahnwagen durch eine schmutzgerade Straße hin- und zurückzuführen, ist etwas, das ganz genau den Fähigkeiten unseres Magistrates entspricht.“

Die boshafte Replik wurde außerordentlich populär. Die Bevölkerung Kopenhagens steht überhaupt hinter der Demokratie. Ob das Kapital aber nicht trotzdem siegen wird, ist leider eine offene Frage.

Frankreich.

Armer Barthou!

Paris, 4. Juli. Herr Barthou, der Minister des Innern, kann nur zusehen sein. Genosse Flaissières, der Bürgermeister von Marseille, hat bei seiner ersten Begegnung mit dem neuen Präfecten, Floret, seine frühere Aussprache in mindestens gleich scharfer Fassung wiederholt. Er sagte unter anderem: „Die sozialistische Partei kümmert sich wenig um die kleinen und englischen, wütenden und hartnäckigen Angriffe der Gegner, wer diese auch sein mögen... Wir werden nicht erlahmen im rücksichtslosen Kampfe gegen das Regime des Herrn Maline.“ Und gegenüber den „Vorbehalten“ Florets, der den Gemeindevorsteuern das Recht auf Betretung des all- gemein-politischen Gebietes absprach, erwiderte Flaissières mit einer kräftigen Betonung eben dieses Rechtes.

Die ministerielle Presse vergleicht die Begegnung mit einem resultatlos verlaufenen Duell. Sehr mit Unrecht: das Ansehen der Regierung hat durch den unnützen Präfectenwechsel ebenso viel verloren, wie das Ansehen des sozialistischen Bürgermeisters durch die würdevolle Wahrung des Parteistandpunktes gewonnen hat. Aus dem Urteil der Regierungspresse ist nur festzuhalten, daß Barthou sich nicht getrauen wird, Flaissières vom Amte zu suspendieren.

Der Ausgang der Steuerdebatte.

Die Deputiertenkammer beendete am 4. Juli die General- debatte über die Reform der direkten Steuern. Raiberti be- antragte Ueberweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission. Der Ministerpräsident Maline erklärte, er werde die Annahme des Antrages als Mißtrauensvotum betrachten. Raiberti zog darauf seinen Antrag zurück. Die Kammer tritt am Montag in die Specialdebatte ein.

Italien.

Rudini dementiert noch immer. — Crispi redet.

In der Kammer Sitzung vom 4. Juli hat der Ministerpräsident Rudini mitgeteilt, die offiziöse „Richtigstellung“ seiner famosen Dreibunds-„Verbesserungs“-Rede habe er „eigenhändig verfaßt“.

Sein langes Verstehe die Gelegenheit, von sich reden zu machen und telegraphiert aus Neapel an sein römisches Leibblatt, die Affirma: „Der Dreibund ist von Natur ein defensiver, nicht aggressiver Vertrag, durch den die drei Mächte sich gegenseitig ihren gegenwärtigen Besitzstand garantieren. Ich habe zu dem Bunde, während ich Minister war, in keiner Weise etwas beigetragen, ich halte nicht einmal Gelegenheit, ihn zur Anwendung zu bringen. Der Vertrag wurde im Jahre 1882 von Mancini abgeschlossen, im Jahre 1887 von Robilant auf 5 Jahre und hierauf von di Rudini auf 12 Jahre erneuert. Er hatte das Ergebnis, daß der Frieden erhalten blieb und war eine heil- bringende Wohlthat für das von so vielen Fragen und so vielen Leidenschaften erregte Europa. Ich fühle die Pflicht, dies in dem Augenblicke zu erklären, wo Parteigeist den Glauben zu erwecken sucht, es beständen möglicherweise zwei Bündnisverträge, einer, den ich beobachtet hätte und einer, den meine Gegner zu beobachten beabsichtigen oder von dem es so aussieht, als wollten sie ihn beobachten.“

Ministerkrise.

Rom, 6. Juli. (Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.) Eine Ministerkrise gilt für unvermeidlich, Nicottis Rücktritt wird heute erwartet.

Der Kriegsminister Nicotti will gehen, wenn die von ihm eingebrachte Heeresvorlage fällt. Die Kammer will hein- gehen, daher lazieren die Minister, um von der Kammer ein Reform-Votum für Nicotti zu erhalten. Die Geseze selbst aber sollen bis zum November verschoben werden. Da Nicotti den Auftrag zur Kabinettsbildung erhielt, würde sein Rücktritt eine allgemeine Ministerkrise nach sich ziehen.

Großbritannien.

Lord Salisbury und die Lage in Areta. — Die Gesezsvorlage zur Beaufsichtigung der Kohlenruben.

London, 4. Juli. Herr Curzon, Lord Salisbury's Unter- staatssekretär des Aerears, hat den Standpunkt seines Chefs der Lage in Areta gegenüber mit bitren Worten verfochten. Nur in Uebereinstimmung mit den anderen Großmächten kann und wird England vorgehen. Im Gegensatz dazu verlangen die Liberalen, daß Areta dem Königreich Griechenland einver- leibt werde. Bezeichnend ist, daß der Angriff der liberalen Opposition auf die Politik des Lord Salisbury von einem Tory Namens Monk geleitet wurde, der schon vor 26 Jahren, als Benjamin Disraeli kurze Zeit am Aerear war, seine Stimme für die von Europa im Stich gelassenen Kremler erhoben hatte. Damals wie jetzt umsonst. Jetzt wird von den Tories die nützliche Finanzlage der Griechen geltend gemacht — über- haupt föhlt der amtliche Geist des Unterstaatssekretärs moralische Bedenken, etwas, d. h. Areta, das nicht England gehört, an einen dritten zu verkaufen. Diese herrliche Doktrin wurde im Unterhaus mit großem Gelächter von der Opposition be- grüßt, die nur zwei Tage vorher es erlebt hatte, daß dieselbe Regierung ihr nicht gehörende 40 Millionen Mark aus der Tasche des Steuerzahlers nahm und in die der Agrarier schob — ein Verfahren, das vom Daily Chronicle als Raub mit bewaffneter Hand bezeichnet wurde, ohne daß das Ministerium sich durch diesen Ausdruck beleidigt fühlte und gegen Verfasser, Verleger und Drucker gerichtliche Schritte that.

Man lasse sich durch die Meldung, daß die Vorlage zur besseren Beaufsichtigung der Kohlenruben ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen ist, nicht zur Annahme verleiten, daß das Spiel schon gänzlich gewonnen sei. Die Gesezsvorlage wurde vom Unterhaus gerettet, indem Sir M. W. Ridley die von den Rubenbesitzern und Bergarbeitern beanstandeten Bestimmungen fallen ließ und den Rest dem Specialauschuss für Handel zur Einzelberatung überwies. So wie die Bill jetzt steht, ist sie nicht viel wert. Es ist eine sogenannte Vermittlungs- Bill, die dem Minister des Innern die Vollmacht giebt, gewisse zum Schutz des Lebens in den Kohlenruben und zur Ver- hinderung von Explosionen nützliche Vorschriften zu erlassen. Wenn der Rubenbesitzer sich diesen Bestimmungen widersetzt, muß ein Schiedsgericht her und vor einem unparteilichen Schiedsrichter kann er die Widerung der von dem Inspektor verlangten Schutzmaßregeln durchsetzen. Mit Recht wird ver- langt, daß die von der Regierung im Interesse der Arbeiter verlangte Vollmacht absolut sein und die Vorschriften Zwangs- kraft haben sollten, angesichts der Thatsache, daß seit Januar bis Ende Juni in englischen Kohlenruben 169 Menschenleben zu Grunde gegangen sind.

Rußland.

Schnapsmonopol. — In aller Stille.

Durch kaiserliche Verordnung wird das Recht auf Fabrikation und Verkauf von Getränken in den Provinzen Kiew, Podolien, Wolhynien, Wilna, Grodnou, Kowno, Minsk, Witebsk, Mohilew, Bessarabien und im Königreich Polen abgeschafft, und in den genannten Provinzen der staatliche Verkauf von Getränken eingeföhrt.

Am 4. Juli sind Bar und Barin „in aller Ruhe“ in Petersburg eingezogen, ohne Lärm und ohne Prunk. Die soziale Bewegung dräut... Symptomatisch für diese Angst der Herrschenden sind die Ausföhrungen der Petersburgersta- ja Wjedomosti. Sie sagen: „Es steht außer Zweifel, daß die soziale Propaganda für Rußland weit gefährlicher ist als die Propaganda des Parlamentarismus. Das russische Volk gegen seinen Aaren aufzustacheln, ist unmöglich, es dagegen gegen die Fabrikanten und Gutsbesitzer aufzubringen, durchaus nicht so besonners schwer. Und dann zur Aufhebung gegen jede gesetz- liche Staatsgewalt überzugehen, ist ganz leicht. Man darf nicht übersehen, daß in England, Frankreich und Deutschland der Sozialismus der Fabriken seinen verderblichen Einfluß fast ganz auf die Fabriken beschränkt, da das Proletariat der Fabriken mit der bäuerlichen ackerbaureibenden Bevölkerung in keiner Verbindung steht. Bei uns hingegen ist die Verbindung zwischen Fabrik und Dorf noch lebendig, so daß das Unkraut, das an der Werkbank des Arbeiters geföhrt wird, unbehindert zu unsern späteren Schreden auf den bäuerlichen Gefilden aufgehen kann.“

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgesezt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Dierau eine Beilage.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 6. Juli. Ein mildes Urteil fällt das hiesige Landgericht. Es verurteilt den Schneidermeister Walter, der angeklagt und überführt war, seinen Arbeitern 20,50 Mk. für die Dresdener Ortskrankenkasse bestimmte Beiträge abgezogen und in seinem Interesse verwandt zu haben, zu 20 Mk. Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis.

Eine neue Eisenbahnbrücke über die Elbe bei Dobossitz ist projektiert, die die Verbindung des linken mit dem rechten Elbufer der von der Kuffig-Teplitzer Eisenbahngesellschaft zu erbauen beabsichtigten neuen Bahnlinie Teplitz-Dobossitz-Leitmeritz-Reichenberg herstellen soll.

Döbeln, 6. Juli. Die Spielerei und Krämer wurden am Freitag durch die Nachricht in freudige Aufregung versetzt, daß den hiesigen Behörden vom Kriegsministerium die Verlegung des 3. Bataillons des 11. Infanterie-Regiments Nr. 139 von Leisnig nach Döbeln angezeigt worden ist. Diese Vernehmung der Döbelner Garnison tritt am 1. April 1897 ein, mit welchem Termin zugleich das 4. (Halb-) Bataillon von Döbeln verlegt wird.

Der Reichstagsabgeordnete Lieber-Stroga hat nach einer Mitteilung des Großen Tagblattes am Donnerstag seinen Austritt aus der Fraktion der deutschsozialen Reformpartei erklärt, weil die Fraktion, von der bekanntlich nur fünf Mann anwesend waren, ihn darüber zur Rede setzte, daß er bei der Schlussabstimmung über das bürgerliche Gesetzbuch für das Gesetz gestimmt hat, während seine Fraktion Stimmenthaltung verlangte. Hr. Lieber, der Landwirt ist, hat übrigens auch am Tage vorher wie ein echter Junker bei der Abstimmung über die Wilschadenerappellat für Sassen eine ablehnende Haltung eingenommen, die Möglichkeit, ihn in seinem Entschlusse umzustimmen, habe Hr. Lieber als völlig ausgeschlossen bezeichnet. Da kann ja nun Hr. Lieber als Wilder den Agrariern Gefolgschaft leisten.

Ein Schankstättenverbot, das diejenigen Einwohner betrifft, die wegen rückständiger Steuern und Schulgeltern erfolglos ausgepfändet wurden, wird nun auch in Döbeln erlassen. Auf diesen Beschluß der Stadtverwaltung paßt das Wibelwort: „Ihr laßt die Armen schuldig werden!“

Der Militärboykott in Meerane, der vom General-Kommando auf Anregung des Rates der Stadt, bezw. des Bürgermeisters Dr. Ebeling über diejenigen Wirte verhängt worden ist, die ihre Säle den Sozialdemokraten zu Versammlungen hergeben, hat recht unerwartete Folgen gehabt. Die Kriegervereine haben sich nämlich gegen den Boykott ausgesprochen. Unsere Partei brachte es dahin, daß die gesamte Bürgerschaft mit ganz vereinzelten Ausnahmen mit ihr gegen den Rat und seinen Boykott zusammensteht. Der Bürgermeister mußte sich in der Ratssitzung und in dem Meeraner Ratsrat gegen die Angriffe aus der Bürgerschaft verteidigen, ohne jedoch den Vorwurf widerlegen zu können, daß er den Boykott veranlaßt und damit die Ehre der Stadt beeinträchtigt habe. Die Stadtverordnetenversammlung und eine öffentliche Bürger-versammlung haben Beschlüsse angenommen, wodurch der Rat aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß der Militärboykott schleunigst aufgehoben werde. Inzwischen zieht der Boykott immer weitere Kreise. Sieben Militärvereine stellen ihrem Bezirksvorsteher Winkler ein Mißtrauensvotum aus, weil er nicht genügend kräftig für die Zurücknahme des Militärverbots gewirkt hat, das über die größeren, unserer Partei offenstehenden Säle verhängt ist. Der Meeraner Militärverein droht jetzt sein Austritt aus dem Bezirksverbande an. So muß es kommen!

Eine Biersteuer wird in Wernsdorf vom 1. August ab erhoben, nachdem die vorgelegten Behörden der vom Gemeinderat beschlossenen Steuer ihre Zustimmung gegeben haben. Für die Gemeinde wird ein Ertrag von 1000 Mk. erhofft. — Auch der Gemeinderat zu Mülsen Sankt Jakob hat vom 1. Juli ab eine Biersteuer eingeführt, die 30 Pfg. auf den Hektoliter Einfachbier und 60 Pfg. auf den Hektoliter aller übrigen Biere beträgt.

Eine elektrische Straßenbahn beabsichtigt die Berliner Elektrizitätsgesellschaft zwischen Annaberg und Buchholz anzulegen.

Chemnitz, 3. Juli. Die in der hiesigen Kaserne ausgebrochene Massenerkrankung ist, so meldet die Frankf. Ztg., nicht, wie zuerst angenommen wurde, Trichinose, sondern eine übertragbare rheumatische Krankheit, die übrigens gutartig verläuft. Das muß eine sonderbare rheumatische Krankheit sein.

Ein großes spiritistisches Jahresfest fand letzten Sonntag in Mülsen bei Zwickau statt, zu dem Spiritisten aus ganz Sachsen erschienen waren. Nicht weniger als sieben Frauen aus verschiedenen Orten Sachsens traten als Medien auf! Verückt!

Wangen, 4. Juli. Von einer Rigenverbande wurde der Gendarm Härtig dermaßen zugerichtet, daß er mit gebrochenen Gliedmaßen schwerkrank daniederliegt.

Arbeitsvermittlungämter. — Sadenstufzeit. Die Plauensche Handelskammer hat im Gegenseitigen mit der Leipziger und Dresdener Handelskammer in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Errichtung örtlicher Arbeitsvermittlungämter durch die Gemeinden und die Schaffung einer staatlichen Centralstelle für diese Ämter bei der sächsischen Regierung zu beschließen. — Dieselbe Handelskammer hat sich dahin schließend gemacht, beim Ministerium des Innern zu befragen, ob die von der Kommission für Arbeiterstatistik vorgeschlagene unterschiedslose Schlusszeit die Zustimmung des Bundesrats nicht erhalte; sie erklärt sich aber mit einer gesetzlichen Regelung der Geschäftszeit dann einverstanden, wenn die Ortsbehörden die Befugnis erhalten, allgemein oder für einzelne Geschäftszweige innerhalb eines gesetzlich festzulegenden Spielraumes eine Ausdehnung der Geschäftszeit zuzulassen, wobei die Regelung für die einen einheitlichen Markt bildenden Orte durch die obere Verwaltungsbehörde gleichmäßig erfolgen müsse.

Zwickau, 6. Juli. In Schedewitz wurde der Verginvald Leonhardt, ein hervorragendes Mitglied des Evangelischen Arbeitervereins, wegen Sittlichkeitsvergehens, an schulpflichtigen Mädchen verübt, verhaftet.

Der Schneider Schunk, der auf seine Ehefrau einen Mordversuch unternommen und dann sich selbst eine Verwundung mittels Revolvers beigebracht hatte, ist im Kreiskrankenstift gestorben.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Wurzen, 5. Juli. Der ehemalige Vorsteher der Ortsklasse IV ist inzwischen wieder aus der Haft entlassen, jedenfalls weil Nichtverdacht nicht als vorliegend erachtet worden ist. Das hiesige Amtsorgan bringt in seinem Bericht von der Verhaftung Moths einige Unrichtigkeiten, die wir nicht unwillkürlich lassen wollen, umsoweniger, als voraussichtlich die ganze Ordnungspresse ihn an die Rockschöpfe der Sozialdemokratie zu hängen versuchen wird. Es sei festgestellt, daß Moths nicht weniger als Sozialdemokrat war, er hat sich nicht in der allermindesten Weise finanziell oder agitatorisch oder auch nur durch Versammlungsbesuch an den Bestrebungen unserer Partei beteiligt, vielmehr war er der Mann nach dem Herzen der Unternehmer-Vertreter der Ortsklasse IV, die ihm auch nach der glücklichen Durchführung des bekannten Verzeßkreises ein Angebinde von 20 Mark sowie einen Siegelring überreichten, wenigstens rühmte er sich dessen. Wenn das Amtsblatt schreibt, als ob Moths der „Veranstalter des Verzeßkreises“ gewesen sei, so ist es ihm damit Unrecht. Er erklärte sich in der betr. Versammlung vielmehr dagegen und erst nachdem hauptsächlich durch Besürworung durch unsere Delegierten der von dem Verzeß-protagonisten Kampf von der Mehrheit der Versammlung aufgenommen wurde, mußte er wohl oder übel, wenn anders er nicht seinen Posten niederlegen wollte, denselben durchführen, was er allerdings mit Geduld gethan hat. Von einem Einfluß auf „seine Genossen“, wie sich das Amtsblatt mit nicht zu verkennender Uebigkeit ausläßt, kann also absolut keine Rede sein. Er war ein Anhänger der Hirsch-Duncker'schen Harmoniepolitik und noch bis vor nicht langer Zeit gehörte er dem Generalkomitee dieser Auch-Bewerkschaffler an.

10. Quittung aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise. Hoch Kamertl Mk. 2.10

Gotha, 5. Juli. Wie nach dem Beschlusse der Rechtskommission des Landtages nicht anders zu erwarten war, hat bekanntlich der Landtag des Herzogtums Gotha den Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Vock, den Wählern der drei

letzten Steuerstufen das Wahlrecht für die im Herbst stattfindenden Wahlen zu erhalten, mit allen gegen die eine Stimme des Abg. Vock verworfen. Um seine platonische Liebe zum „Volk“ nicht ganz unter den Scheffel zu stellen, hat der Landtag dann noch das Ministerium ersucht, dem nächsten Landtag eine Vorlage zugehen zu lassen, die die Fassung des § 146 der Verfassung ändert und die es ermächtigt, daß auch den Besitzern der untersten Steuerstufen, die von der Steuerzahlung befreit sind, das Wahlrecht bleibt. Auf diese Vorlage wird natürlich der „nächste“ Landtag bis zum Nimmerleinstage warten können und wenn nicht wieder ein oder, hoffen wir, mehrere rote Sechle im gemüthlichen Landtagskorpenteich lustig herumschwimmen werden, wird das Ministerium jedenfalls auch von einer Anfrage über den Verbleib einer solchen Vorlage verschont bleiben.

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 8. Juli 1896 abends 6 1/2 Uhr im Sitzungssaale am Raschmarkt statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bau-, Dekonomie- und Finanzanschlusses über die Vorlage, betreffend Parzellierung und Verwertung des Neubaus eines Rathhauses und Verwertung des zwischen der Grimmaischen Straße, der Reichsstraße, dem Salzgraben und dem Raschmarkt gelegenen Blocks.

2. Bericht des Finanz- und Bauanschlusses über Rückführung des Rates auf Anträge des Kollegiums zu dem Specialbudget „Vieh- und Schlachthof“ des diesjährigen Haushaltsplans.

3. Bericht des Finanzanschlusses über a) bedingungsweise Rückzahlung einer von dem allgemeinen Turnverein zu Leipzig-Unger-Crottendorf gezahlten Besitzwechselgebühr; b) Gewährung eines Beitrages zu den Kosten der Herstellung der 2. Auflage des Führers durch Leipzig und Umgegend an den Verein zur Förderung des Fremden- und Geschäftsverkehrs zu Leipzig; c) Wegfallstellung einer noch ausstehenden Forderung der ehemaligen Centralscher Pensionskasse.

Das reine Dienstalterszulagensystem, für das die Leipziger Lehrer schon seit Jahren eifrig agitieren, hat der Rat der Stadt für die an städtischen Schulen angestellten Lehrer einzuführen beschlossen. Es ist dazu die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Ein Schulneubau wird für Connewitz vom Rate projektiert. Seine Finanzgründung steht, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, baldigt zu erwarten.

Das Rathhaus-Neubau-Projekt

wird den Stadtverordneten in ihrer nächsten Plenarsitzung zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Der jetzige Vorschlag hat bereits zwei Vorgänger. Schon im Jahre 1882/83 sollte das alte Rathhaus beseitigt und auf dem Baublock zwischen Markt, Grimmaische Straße, Reichsstraße und Salzgraben ein Neubau errichtet werden, dessen Kosten auf etwa 6 1/2 Millionen Mark geschätzt wurden. Während der Beratung durch die Stadtverordneten ließ der Rat das Projekt selbst fallen und darauf eine neue Vorlage ausarbeiten, die den Stadtverordneten jedoch erst im Jahre 1890 zugeht. Danach sollte das alte Rathhaus als Repräsentationsrathhaus erhalten und gründlich restauriert und auf dem dahinter gelegenen Baublock zwischen Raschmarkt, Grimmaische Straße, Reichsstraße und Salzgraben ein Geschäftsrathhaus erbaut werden, das mit dem alten Rathhaus durch Uebergänge an der Grimmaischen Straße und dem Salzgraben verbunden werden sollte.

Dieser Entwurf sollte einen Aufwand von 8 572 000 Mark erfordern, von welchem Betrage 1 044 000 Mark auf die Restaurierung des alten Rathhauses entfallen sollten. In der Stadtverordnungsitzung vom 4. Juni 1890 wurde er aber mit großer Mehrheit abgelehnt und dem Rat zu erkennen gegeben, daß die Stadtverordneten nach wie vor einen vollständigen Neubau für richtiger hielten.

Das jetzige Neubauprojekt faßt nun den 8881 Quadratmeter großen Baublock II des Pleißenburgareals ins Auge. Der

— Von den Reichskommissaren für das bürgerliche Gesetzbuch, deren Auftrag mit der Annahme des Werkes durch den Reichstag abgelaufen ist, wird der Professor von Mandry seine Lehrtätigkeit an der Universität Tübingen wieder aufnehmen und schon im nächsten Winter mit den Vorlesungen über das neue bürgerliche Recht beginnen. Der blinde Geheimrat Pland wird sich der Ausarbeitung eines eingehenden Kommentars zu dem Gesetzbuche widmen und dabei unterstützt werden von dem Reichsgerichtsrat Achilles und einigen jüngeren Kräften, die schon früher bei der Redaktion der Entwürfe thätig waren.

— Wästen der Censur. Einer aus den Oberlehrern Rubelsberger und Köhl, dem Hauptlehrer Knörrlein und den Lehrerinnen Sumper und Geiser bestehenden Lehrkommission in München lag eine neue Sammlung von Befestungen vor, deren Auswahl sie zur Ergänzung des Entwurfs begutachtete. Zur Streichung sind von dieser Lehrkommission beantragt und von der Lokalkommission gutgeheißen worden: Freilichtgärtchen; Gedicht: Aus dem schlesischen Gebirge (Mißbezahl und das Weberkind), weil es „die Armut zu drastisch schildert“, und in dem Gedichte: Johann, der muntere Seifenfieder, aus der Strophe, die mit den Versen beginnt: „Nun wohnt diesem in der Nähe Ein Sproßling einer reichen Ehe.“

Die folgenden beiden Verse: Der stolz und steif und bürgerlich Im Schmausen seinen Fürsten wick' wegen ihrer „aufreizenden Tendenz“.

— Ein Schiller-Brief. Herr Bschau, Direktor der Knabensbürgerschulen in Waagen, hat am 27. Juni einen Brief Schillers entdeckt, der seines Wissens bisher noch nicht gedruckt ist. Der große Dichter schrieb ihn am 6. November 1782 auf seiner Flucht an seine Schwester. Der Brief befindet sich im Besitze eines adeligen Herrn.

Humoristisches.

Das Beten. Tochter (nachdem sie an der Thür gehorcht): Mir scheint, wir haben Besuch, ich höre Mama nennt den Papa lieber Mann.

Das Höchste. „Ach, Fräulein Mädchen, Ihnen zu Liebe möchte ich Ihr Caubeamter werden, bloß um auch am Tage von Ihnen träumen zu können.“

Kleine Chronik.

Leipzig, 6. Juli.

Neues Theater. Das neue Theaterjahr fängt an, wie das alte angeht. Die kranke Zeit von Stowronnek, die uns am Sonnabend vorgeführt wurde, bedeutet nichts als eine Nichte mehr im Repertoire unserer Bühne. Ein Lustspiel, das langweilig, hat: entscheidend seinen Zweck verfehlt. Und langweilig — den dritten Akt nehme ich aus — ist fast alles, was uns der Dichter zu sagen hat. Stowronnek hat es verstanden, einen großen Zeitstoff in nichts zu verflüchtigen.

Die kranke Zeit — das ist nach ihm nichts weiter als ein eingebildeter Titel von Schriftsteller, der unverständige Reichthümer Weisheit predigt und damit einer abligen ostpreussischen Gutsbesitzerwitwe, Karla von Resselkamp, den Kopf verdreht. Er nistet sich bei ihr auf dem Lande ein und läßt sich von ihr zum Reichthumsstambidaten aufstellen. Allein die schlauen Bauern wollen von dem großschnauzigen Berliner, der Roggen und Weizen im ungebädeten Zustande nicht unterscheiden kann, natürlich nichts wissen, und bei einem Gewitter, das mit Hilfe einer französischen Gouvernante die Wahlversammlung sprengt, stellt sich die ganze Kläglichkeit des Herrn Kandidaten heraus. Der Normalphilister Breitenstein, der Verwalter von Dreilinden, wächst sich dabei zum Helden aus, der Berliner Schwindler reißt ab und der tugendhafte Verwalter erobert, wieder mit Hilfe der französischen Gouvernante, durch rührende Bescheidenheit die Hand der Frau Baronin.

Nebenher laufen noch der gesunde Badtsch Sabine und der poetisch angehauchte und nießsüchtig angefeuchte Kennäler Kurt von Resselkamp, den der Verfasser bloß deshalb in sein Stück mit hereingenommen hat, um durch seinen Mund im zweiten Akt die moderne Technik des Dramas lächerlich zu machen. Aber Fronte des Schicksals! Im Stück selbst kommt die so geschmähte moderne Kunst, die der Dichter recht bezeichnender Weise durch einen Gymnastischen vertreten läßt, glänzend zu Ehren. Denn gerade der dritte Akt, der einer fälschlich schlichten Kopie eines Hauptmanns Stimmungs-gemäldes gleicht, schlägt bei der Aufführung ein, während die alten Schablonenmäßen des sonstigen Lustspiels ausnahmslos verpuffen. Hier, wo Stowronnek wieder seine ostpreussischen Bauern, wie sie leben und leben, auf die Bühne stellt, hier, wo die Bekanntheit des Milieus, des gesellschaftlichen Mittels, die Hauptsache ist, bekommt der alberne Schwanke, der uns sonst gar nicht interessiert, auf ein-

mal eine ganz andere Physiognomie. Leider nur für wenige Augenblicke. Denn der Dichter kann die moderne Lust nicht vertragen und flüchtet sich so schnell als möglich in die alte Schablone zurück, mit der man alles, was im Leben unmöglich ist, dem Zuschauer vorzuwindeln kann. Es lohnt sich wirklich nicht, die vielen Unwahrscheinlichkeiten, auf denen sich das Stück aufbaut, einzeln anzuzählen. Nur so viel sei bemerkt: ein so einfältiger Narr und Schwindler, wie dieser Reichthümer und der Erwin Wächterau, kann selbst in unserer kranken Zeit und in unserer verweichlichten Gesellschaft nicht die Rolle spielen, die ihm der Dichter zugebach hat. Und werden etwa moderne Ideen dadurch widerlegt, daß man sie dem ersten besten Lumpen in den Mund legt?

Die Aufnahme des Stückes war sehr kühl. Am Schluß wurde gelacht. Nur nach dem dritten Akt flüchtete außer der Clique auch das Publikum. Und dabei wußte man nicht, galt der Beifall dem Stück oder den Schauspielern, die das Publikum nach den Sommerfesten zum erstenmal wieder sah, oder gar nur den beiden Debutantinnen, die uns der Theaterleiter am Sonnabend vorzustellen beabsichtigte. Ich gestehe: neue Schauspieler in einem neuen Stück den Zuschauern vorzuführen, halte ich einfach für eine wohlthätige Täuschung des Publikums. Mag der Versuch günstig oder schlecht ausfallen, man weiß nie, wer gefallen hat oder ausgezählt wurde, das Stück oder die Darsteller. Immerhin glaube ich aber, daß wir dem Himmel und Herrn Stagemann danken müssen, daß er uns endlich von Frau Römer erlöst hat. Damit will ich Hr. Weigel, die die radebrechende französische Gouvernante recht munter wiedergab, noch lange nicht in den Himmel heben. Warten wir erst andere Proben ihres Talentes ab! Auch die zweite Novizze, Fr. Dall-dorf, gefiel. Ihre Minna, das bekannte Schwant-Dienstmädchen, das sich im dritten oder vierten Akt als Kutscher's- und Schant-wirtin vorstellt, sprach und fuchtelte ganz korrekt nach bekannter Schablone. Leider war — abgesehen von Herrn Hänseler, der den Schwindler Wächterau recht ergötzlich verkörperte — auch fast alles übrige Schablone — vor allem Fr. Wande als Baronin Resselkamp und Herr Taeger als Breitenstein, der ganz besondere Sorgfalt darauf legte, mit seinen schönen Sinfeln auch immer schön daustehen. Herr Heine als polnischer Krugpächter war nicht übel. Fr. Sangora (Sabine) war ein ebenso echter Badtsch wie Fr. Müller (Kurt), der die Hofenrolle reizend stand, ein unverfälschter Kennäler. Die Regie hatte das Stück hübsch inszeniert und wußte ihm durch lange Pausen beim Umbau der Scene eine beträchtliche Länge zu geben.

Wert dieses Bauplazes ist mit 225 Mark pro Quadratmeter berechnet worden, wobei sich ein Betrag von 2 020 725 Mark ergibt. Einschließlich dieser Summe sind die Kosten für den gesamten Neubau auf 7 285 600 Mark geschätzt worden. Inbegriffen hierin sind 350 000 Mark für Kosten zur Liefergründung und Restaurierung des alten Meissenburgturmes, der in das neue Rathaus eingebaut werden soll. Ebenfalls einbegriffen in die obige Gesamtsumme sind die Kosten für die Anschlüsse an die Schienen, an Gas- und Wasserleitung resp. Elektrizitätswerk, ferner die Kosten für die Hofherstellung, Trottoirlegung und Anpflasterung, sowie die Bauzinsen.

Das neue Rathaus soll Untergeschoß, Erdgeschoß, Zwischengeschoß, 1. Obergeschoß, 2. Obergeschoß und Dachgeschoß enthalten und die nachfolgenden Geschäftsstellen darin untergebracht werden:

Raumbedarf der einzelnen Verwaltungen und deren Verteilung in den Geschossen.

Geschäftsstelle	Raumbedarf					
	Untergeschoß	Erdgeschoß	Zwischengeschoß	1. Obergeschoß	2. Obergeschoß	Dachgeschoß
	qm	qm	qm	qm	qm	qm
Leitung				790		
Archiv	600			300		200
I. Registrande				80		
Eingangsbureau und Kanzlei				120		
Grundstücksverwaltung und Depositionen				80		
Finanzwesen (Stabkass.), Stichtungs-Buchhalterei, Sportelkass., Rechnungsamt	60	610			200	
Sitzungs- u. Unterstufungs-rufen			70			
Bauwesen (Hoch- und Tiefbauverwaltung, Stadtvermessung)	60				1545	1080
Schulwesen			725			
III. und X. Registrande				105		
Quartieramt		135				
Gesundheitspolizei			360			
Straßenpolizei			180			
Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung				200		
Natssache	200	380				
Feuerwehr	100					
Baupolizeiamt			985			
Steueramt	80	1200				
Vollstreckungsamt	270	850				
Wahlgeschäftsstelle	30		160			
Städtisches Amt				250	250	
Wasserwerksverwaltung			460			
Gartenverwaltung		60				
Standesamt	60			260		
Friedhofskasse			240			
Stadtoberbaurat				820	300	
Festsaal etc.				650	450	
Hausmanns-Wohnung und Heizerstube	120					
Küche und Wirtschaftsräume für den Festsaal	250					
Wasser	60					
Gesamt	1980	2675	3110	3205	2945	1480

In Bezug auf das alte Rathaus sagte die 1882er Ratsvorlage, daß die Rücksicht auf den historischen Wert des Rathauses nicht so weit gehen dürfe, daß darunter die modernen und namentlich die Verkehrsbedürfnisse leiden. Aber schon in seiner 1890er Vorlage machte der Rat für die Erhaltung des alten Rathauses geltend, daß es „vermöge der Eigenart seiner gesamten Anordnung zu den hervorragendsten Schöpfungen des 16. Jahrhunderts zu rechnen sei und als solches der Erhaltung vollkommen würdig erscheine“. Und in seiner neuesten, jetzt zur Beratung stehenden Vorlage sagt er: „Die Erhaltung des alten ehrwürdigen Rathauses, für das eine Verwertung zu Verwaltungszwecken oder städtischen Sammlungen sich leicht ergeben wird, erscheint uns als eine Verpflichtung unserer Generation nicht nur unserer Stadt, sondern ganz Deutschland gegenüber, sobald die Möglichkeit geboten ist, den Bedürfnissen unserer heranwachsenden Stadt in anderer zweckmäßiger Weise Genüge zu thun.“

Die Erhaltung des alten Rathauses macht die Aufwendung bedeutender Reparaturkosten erforderlich. Es ist namentlich in seinen oberen Teilen äußerst auffällig. Das Dach hat sich im Laufe der Zeit um 18 Zoll in der Richtung vom Markt zum Raschmarkt verschoben. Obwohl diese Bewegung seit einigen Jahren zum Stehen gekommen ist, kann sie jeder Zeit von neuem beginnen.

Das Rathaus steht, wie sich der oberste städtische Bauleiter ausdrückte, gegen alle Theorie, ein baupolizeilicher Einspruch gegen seine fernere Benutzung ist nur eine Frage der Zeit. Das Rathausamt hält für Restaurierung des alten Rathauses wie im Jahre 1890 so auch heute noch die Aufwendung von 1 044 000 M. für erforderlich, welche Summe sich um 86 000 M., also auf 958 000 M. abmindern lasse, wenn die Ausführung vereinfacht und verschiedene Gegenstände nicht erneuert, sondern nur entsprechend repariert werden. Die Vorfrage gebietet es aber, zu diesem im Jahre 1889 berechneten Preise wegen der inzwischen eingetretenen Steigerung der Material- und Arbeitspreise noch etwa 20 Prozent zuzuschlagen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß in dem obigen Aufschlage nicht mit enthalten sind die Kosten für die notwendige innere Ausgestaltung des Rathauses, wenn dieses, wie von verschiedenen Seiten befürwortet wird, zur Ausstellung städtischer Sammlungen und der Sammlungen des Vereins für die Geschichte Leipzigs benutzt werden soll.

Wie hoch sich die Kosten für die innere Einrichtung des Rathauses zu diesen Zwecken stellen würden, entzieht sich noch der Berechnung. Enthalten sind in dem Voranschlage des Bauamtes für den Umbau des alten Rathauses die Kosten für den Einbau von sogenannten Laubengängen für den Fußgängerverkehr unter dem nördlichen und südlichen Giebelende des Rathauses, die etwa 50 000 Mark betragen dürften. Für den Fall der dauernden Erhaltung des alten Rathauses ist diese Veränderung geboten, um die Verkehrserschwerungen am Rathaus in der Grimmaischen Straße und dem Salzgäßchen dadurch etwas zu mildern, daß die jetzt an den Giebelenden des Rathauses befindlichen Trottoirs mit zu den Bahnhöfen geschlagen werden. Da aber die Verbreiterung des Salzgäßchens in seiner ganzen Länge bis auf 15 Meter Breite und bis der Grimmaischen Straße in ihrer Längenausdehnung bis zur Reichstraße auf 20 Meter Breite beabsichtigt ist, würden die Giebelenden des alten Rathauses nicht unbeträchtlich in die Bahnhöfe des Salz-

gäßchens und der Grimmaischen Straße hineinragen. Diese Erhöhung, die hohen Kosten für Restaurierung des alten Rathauses und die Zweckmäßigkeit, die Baukosten für das neue Rathaus auf dem Meissenburgareal mit dem durch die anderweitige Verwendung des alten Rathauses- und Raschmarktareals sich ergebenden Ertrag herabzumindern, lassen die Beseitigung des alten Rathauses notwendig erscheinen.

Aus dieser Sachlage heraus ergab sich in den vorberatenden Ausschüssen ganz von selbst die bereits gemeldete Ablehnung der unseren Lesern bekannten Goldbüchsen Vorschläge über Kauf- oder mietweise Abtretung des Baublocks zwischen Raschmarkt, Grimmaische Straße, Reichstraße und Salzgäßchen. Die Vollziehung eines der Goldbüchsen Verträge hätte indirekt zugleich Zustimmung zu der dauernden Erhaltung des alten Rathauses bedeutet.

Was nun die Frage des Rathausneubaus auf dem Meissenburgareal selbst betrifft, so kann unseres Erachtens das Bedürfnis für den Neubau und die Centralisierung der meisten städtischen Bureaus an einer Stelle nicht mit stichhaltigen Gründen bestritten werden. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten, die den vorberatenden Ausschüssen angehören, haben denn auch dem Neubau als einem Fortschritt im städtischen Verwaltungs-wesen im Princip zugestimmt.

Ueber die Finanzierung des Baues, bei der eine Belastung des städtischen Betriebes und damit eine weitere Anspannung der Steuerkraft der Einwohnerschaft möglichst vermieden werden muß, sowie über die Bauausführung selbst wird erst später definitiv Bescheid zu fassen sein. In Bezug auf letzteren Punkt wollen wir jedoch schon heute nicht verhehlen, daß die Zweckmäßigkeit der nur mit enormen Opfern möglichen Erhaltung des alten Meissenburgturmes sowie der projektirten Einbauung eines Festsaales sowohl in der aus der obigen Tabelle ersichtlichen Ausdehnung wie überhaupt mehr als fragwürdig erscheint. Die Erhaltung des Meissenburgturmes ist übrigens noch abhängig von der Frage, ob es überhaupt möglich sein wird, ihn in zweckmäßiger Weise in das neue Rathaus einzubauen, und für die Errichtung eines Festsaales vermögen wir uns solange nicht zu erwärmen, als nicht dafür ein unabweisbares Bedürfnis nachgewiesen worden ist, zumal ja auch in dem neuen Rathaus kein Raum für alle städtischen Bureaus sein wird. So sollen z. B. Armenamt und Gewerbegericht auch später außerhalb des neuen Rathauses verbleiben. Das Fallenslassen des Festsaalprojektes würde, da der Saal die Höhe zweier Etagen einnehmen würde, etwa 1000 Quadratmeter mehr Raum schaffen für Bureaus, die noch in das neue Rathaus verlegt werden könnten. Doch wie gesagt, hierüber wird erst später Entscheidung zu treffen sein.

Zunächst und in erster Linie handelt es sich in der nächsten Plenarsitzung der Stadtverordneten um die Parzellierung des Meissenburgareals, die unverzüglich festgestellt werden muß, wenn die Veräußerung der veräußerlichen Baublöcke so rechtzeitig erfolgen soll, daß die Stadt vor beträchtlichen Zinsverlusten bewahrt bleibt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Juli.

Die öffentliche Parteiversammlung, die in voriger Woche ausfallen mußte, findet bestimmt morgen, Dienstag den 7. Juli statt. Genosse Schoenlant wird über die internationale Arbeiterbewegung und den Londoner Kongress sprechen. Es erlirbt sich, auf die Wichtigkeit dieser Versammlung noch besonders hinzuweisen.

Zur Lohnbewegung der Studakture. Die über die Geschäfte Ebert, Otto Schulz und Jung verhängte Sperre bleibt nach wie vor aufrecht erhalten. Insgesamt arbeiten in diesen drei Werkstätten nur fünf Mann, während die 20 Firmen, die die Forderungen der Schilfen bewilligt haben, zusammen 180 Gesellen beschäftigen. — Da in letzter Zeit bei den Bauten der Sächsisch-Thüringischen Gewerbeausstellung Maurer zu Studakturearbeiten verwendet worden sind, die weniger Lohn wie die Studakture erhalten, faßte die am Sonnabend abend abgehaltene Versammlung den Beschluß, bei Beschäftigung von Maurern zur Ansehung inneren Studes die Anfertigung desselben in den Werkstätten zu verweigern. Die Maurer mögen hierauf ihr Augenmerk richten und sich die bewilligten Forderungen der Studakture (siehe Volkszeitung Nr. 148), die für 180 von 185 hier beschäftigte Studakture gelten, genauer ansehen.

Bei den Dachdeckern machen sich in letzter Zeit mehrfach Durchbrechungen des Anfang April bewilligten Gehaltsentwurfes bemerkbar. Im Interesse der Erhaltung der errungenen Konzeptionen ist deshalb der Zusammenschluß aller Arbeiter dieser Branche unbedingt erforderlich. Auch haben die Dachdecker den Beschluß gefaßt, den Rat der Stadt Leipzig durch eine dreigliedrige Kommission zu ersuchen, die Dacharbeiten in eigene Regie zu übernehmen oder wenigstens die Arbeit nur Meistern zu übertragen, die hiesige Arbeiter beschäftigen.

Schwurgericht. Nachträglich ist das Schwurgerichtsprogramm noch um eine Verhandlung vermehrt worden und zwar wird sich am Mittwoch den 8. Juli mittags 12 Uhr der Handarbeiter Johann Friedrich Eduard Malke aus Grimma wegen Weineids zu verantworten haben.

Die Bemühungen des Komitees für die Sächsisch-Thüringische Ausstellung hat in seinen Bemühungen, die Interessen der Ausstellung zu fördern durch die Empfehlung Leipzigs als Versammlungsort für Kongresse etc., die während der Ausstellungszeit stattfinden, schon einige Erfolge gehabt. Soweit bisher bekannt, werden folgende Vereine im Jahre 1897 in unserer Stadt ihre Kongresse abhalten: Mitteldeutscher Papier-Verein, Deutscher Buchdrucker-Verein, Deutsche Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft, Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie, Verein der Gas- und Wasserfachleute Deutschlands, Verband deutscher Schlosserinnungen, Deutsche Fuhrwerks-Vereinsgenossenschaft. Außerdem haben die nachstehenden Lokalvereine beschlossen, bei den Verbandssitzungen den Antrag auf Abhaltung der nächstjährigen Hauptversammlungen in Leipzig zu stellen: Der Bezirk Leipzig im Bunde deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Zünfte, der Kreis Leipzig des deutschen Apotheker-Vereins, die Leipziger Mitglieder des Centralvereins der deutschen Colportage-Buchhändler, die Leipziger Fleischerinnung. Ebenso hat der Verein deutscher Papierfabrikanten als Ort seiner nächsten Generalversammlung Leipzig vorgeschlagen.

Die Gartenbahn auf dem Platze der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbeausstellung ist bereits „gerichtet“ worden. Die Halle ist 100 Meter lang und 25 Meter breit und wird durch ein Glasdach überdeckt. Die Halle soll bis zum

1. September d. J. fertig gestellt werden. Uebrigens ist schon vor einiger Zeit auf dem Ausstellungsplatze ein Nichtfest gefeiert worden und zwar das der Fußgängerbrücke nach dem Thüringer Dorfe.

Ausstellungen finden in nächster Zeit statt: Ausstellung von Rindvieh, Pferden etc. in Ronneburg am 21. Juli, Fachgewerbeausstellung für das Hotel- und Wirtschaftsweisen in Wiesbaden vom 1. bis 31. August, Ausstellung von Fleischermaschinen und Gerätschaften in Mannheim vom 3. bis 30. August, Hundeausstellung in Spd vom 8. bis 10. August, Wienenzuchtanstaltung in Meichenberg i. V. vom 14. bis 18. August, Internationale Ausstellung von Erzeugnissen der Bäckerei und Konditorei in Breslau vom 15. bis 23. August und Internationale Ausstellung für Hygiene, Volksernährung und Armeeverpflegung in Baden vom 15. August bis 2. September. Die auf allen diesen Ausstellungen unverkauft bzw. unverloft gebliebenen Tiere und Gegenstände erhalten auf den sächsischen Staatsbahnen freichwilligen Rücktransport.

Der Verein der Colportage-Buchhändler in Leipzig hat eine Namensänderung angenommen. Er wird sich von nun an Verein der Abonnements-Buchhändler zu Leipzig nennen und die Mitgliedschaft nach wie vor jedem Kunsthändler, Verlagshändler, Buchhändler und jedem Inhaber bez. jeder Inhaberin eines buchhändlerischen Abonnementsgeschäftes freigegeben.

Aus dem Bericht über das Leipziger Stadttheater für das Jahr 1895/96 ist ersichtlich, daß an den drei unter der Direktion Stagemanns stehenden Bühnen 716 Vorstellungen stattfanden. Die Summe der Proben betrug 3368.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können im Melde-amte, Bäckereistraße 5, am 7. Juli in Abteilung I, Buchstabe M—Z (für bleibende Einwohner), sowie Abteilung III (für Dienstdiener), am 8. Juli in Abteilung II (für Fremde), ferner am 9. Juli nachmittags und am 10. Juli in Abteilung I, Buchstabe A—L (für bleibende Einwohner) nur dringende Geschäfte erledigt werden.

Ein billiger Sonderzug nach Greiz und der Vogt-ländischen Schweiz wird nächsten Sonntag den 12. Juli von Leipzig (Bayerischer Bahnhof) abgefahren werden. Der Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt beträgt in 2. Klasse 5 Mark, in 3. Klasse 3.50 Mark. Die Abfahrt erfolgt morgens 8 Uhr 50 Minuten, die Rückkehr in Leipzig abends 10 Uhr 28 Min. Der Fahrkartenverkauf beginnt Donnerstag den 9. Juli 1896. Außer bei den Fahrkartenausgabestellen des Bayerischen Bahnhofs sind Sonderzugsfahrkarten auch bei Herrn Dietrich, Halleische Straße 2/4 und Weststraße 32, veräußlich.

Zugverspätung. Infolge Platzens eines Siederohres an der Maschine: Neapel, erlitt der nachmittags 2 Uhr 37 Min. von Dresden nach Leipzig abgehende Personenzug am Freitag in der Nähe von Prietowitz einen unwillkürlichen Aufenthalt von über einer Stunde. Eine von Riesa requirirte Hilfs-maschine übernahm die Weiterführung des Zuges nach Leipzig.

Im Asyl für männliche Obdachlose sprachen in der Zeit vom 27. Juni bis 4. Juli 1896 101 Personen vor, wovon 99 aufgenommen und 2 zurückgewiesen wurden.

Straßensperrungen. Wegen Fortführung der Pflasterungsarbeiten wird die Karl Heine-Straße von der Gieseler- bis zur Friedrich August-Straße vom 6. Juli d. J. ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt. Wegen Fußwegregulierung und vorzunehmender Asphaltierungsarbeiten wird das Schreiber-Gäßchen vom 6. Juli d. J. ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt.

Umfangreiche Bierpanscherereien sind von dem Besitzer des Restaurants Grimmaische Straße 3, Fehse, in letzter Zeit vorgenommen worden. Durch den Kutscher, der mit Fehse in Differenzen gekommen war, kam die Sache beim Stadtrat zur Anzeige, der sie Anfang voriger Woche der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben hat. Später wollte der Kutscher zwar seine Anzeige rückgängig machen, doch waren seine Bemühungen vergebens. Fehse soll aus einfachem Bier, Sirup und Lagerbier ein Gemisch hergestellt haben, das er als „Neubayerisch“ verkappte. Fehse wird sich wegen Nahrungs-mittelfälschung zu verantworten haben.

Bermittelt werden seit 30. Juni bzw. 1. Juli der Maschinenbauer Max Richard Biedermann, geb. am 29. Februar 1874 in Eisenburg und der Maurer Robert Heinrich Kirchoff, geb. am 13. Juli 1848 in Leipzig. Ersterer ist von mittlerer Gestalt, hat schwarzes Haar und gebogene Nase. Bekleidet ist er mit schwarzem Cheviot-Anzug und weißem Strohhut mit schwarzem Band. Letzterer ist von mittlerer, schmächtiger Gestalt, hat graues Haar, blaßes Gesicht, hohe Stirn und einen schlappenden Gang. Er ist mit dunkler Hose und Weste, braunem Gehrock und braunem, weichem Filzhut bekleidet. Beide Vermittelte sind nervenleidend.

Arbeiterisiko. Am Freitag abend wurde auf der Dreßschreiber des Dresdener Bahnhofs ein Wagenräder von dem Drehling erfaßt und so wuchtig vor den Kopf geschlagen, daß er über dem rechten Auge eine 3 Centimeter lange Wunde davontrug. Die Wunde mußte zugenäht werden. — In einem Dampfzägerwerk in Unger-Crottendorf geriet ein 24jähriger Handarbeiter beim Auslegen eines Riemens in die Transmissions-wurde mehreremal herumgeschleudert und erlitt dabei schwere innere Verletzungen sowie Verletzungen am Kopfe. Der Unglückliche wurde ins Krankenhaus gebracht. — Mit der linken Hand geriet eine 16 Jahre alte, in einer hiesigen größeren Spinnerei beschäftigte Arbeiterin in die Kammmaschine. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte sich die durch erhebliche Fingerverletzungen Verletzte nach dem Krankenhaus begeben. — Ein 14 Jahre alter Laufburche geriet mit dem linken Fuße unter einen Fahrstuhl und mußte sich wegen einer nicht geringen Fußquetschung im Krankenhaus aufnehmen lassen. — Durch Sturz von einem Gerüst an einem Hause der Nord- und Reichstraße-Gde zog sich ein 41 Jahre alter Arbeiter bedeutende Verletzungen am Kopfe und an der Wirbelsäule zu. Er wurde erst in die Sanitätswache und dann ins Krankenhaus überführt.

Totgefahren wurde heute mittag in der 12. Stunde in der Grimmaischen Straße eine unbekannte ältere Frau von einem Wagen der Glühnerischen Wasserkanal. Ein Borderrad ging ihr über die Brust, das Hinterrad über den Kopf. Der Tod trat sofort ein. Die Unglückliche hatte versucht, zwischen einem im Gange befindlichen Motorwagen und dem Glühnerischen Wagen hindurch zu kommen, wobei sie jedoch von letzterem umgerissen wurde. Die Schuld an dem Unglück scheint allein der Frau selbst beizumessen zu sein.

Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit beging ein etwa 60 Jahre alter Cigarrenarbeiter aus Brüssel. Er ertränkte sich in der Pleiße. Sein Leichnam wurde am Sonnabend aufgefunden.

Messerkamp. In der Burgener Straße in Neufelderhausen wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Handarbeiter von einem Passanten ohne alle Veranlassung mit dem Taschmesser in den rechten Oberarm gestochen und erheblich verletzt. Der Messerheld wurde festgehalten und von der Polizei in Haft genommen, während dem Gestochenen in der Wache ein Nötverband angelegt wurde.

Eine diebische Kellnerin, die in einer Weinstube in der Tauscher Straße in Stellung war und die ein mit ihr die Schlafstube teilendes Dienstmädchen bestohlen hatte, erstattete gegen einen unbekanntem Mann als den angeblichen Dieb Anzeige. Bei einem eingehenden Verhör stellte sich die Anzeige als Schwindel heraus. Die Kellnerin wurde in Haft genommen.

Rechtsh. In der Gemeindeversammlung vom 2. Juli wurde hier die Erhebung einer Gemeinde-Gewerbesteuer von Konsumvereinen und großkapitalistischen Vereinigungen in Höhe von 4 Prozent des Umsatzes beschlossen. Dieser Beschluß wurde gegen 8 Stimmen gefaßt. Nun, unser Ort mit seinen etwa 1/4 Million Mark betragenden Schulden braucht Geld, viel Geld. Bemerkenswert ist bei dem hier herrschenden Finanzsystem, daß der Antrag des sozialdemokratischen Vertreters; auf Befreiung der beiden untersten Klassen von der Gemeinde-Einkommensteuer, an diesem denkwürdigen Abende gegen 2 Stimmen abgelehnt wurde. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig.

Vereine und Versammlungen.

In der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung hielt am vergangenen Sonnabend der Professor und Pastor Freiherr v. Soden aus Berlin im großen Saale der Centralhalle einen Vortrag über die Bewegung in der Berliner Konfektion. Ihm erschienen die traurige Lage der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen nicht bloß als eine soziale Ungerechtigkeit, sondern auch als eine Quelle der Unfruchtbarkeit und der geistigen Degeneration. Der Vortragende schilderte die Verhältnisse in der Konfektion und wies nach, daß in der Hofen- und Westensfabrikation die weibliche Arbeitskraft überwiegt, weil sie bedeutend billiger als die männliche ist. Laut Statistik entfallen in der Hofenfabrikation auf 84 männliche 516 weibliche Arbeiter und in der Westensfabrikation auf 84 männliche 119 weibliche Arbeiter. Nur die Jacketts und Röcke werden in der Hauptfache noch von Männern gemacht. Ferner schildert der Redner das Wachsen der großen Sportfirmen, die Verdrängung des Kleingewerbes, die Hausindustrie in der Konfektionsbranche, sowie das Zwischneilmessertwesen und bedauert die Gefährdung der Arbeiter, die Hausindustrie als Wästmilch-Nährmittel an zu betrachten. Durch die Saisonperiode würden die schlechten wirtschaftlichen und hygienischen Zustände der Konfektionsbranche noch verschärft und durch das Miarbeiten der Töchter der "besseren" Stände, die sich wohl nur ein Taschengeld verdienen wollten, entstehe die bedenklichste Lohnbrückerie. Infolge der Unfruchtbarkeit der Gefesgebung gegenüber den schlechten Zuständen in der Konfektion, in der gegen 25000 Arbeiter und gegen 75000 Arbeiterinnen beschäftigt sind, sei dann die Lohnbewegung entstanden, deren Verlauf unseren Lesern bekannt ist. Redner geistete dann scharf das Zwischneilmessertsystem und die Haltung der Presse, die sich mit Ausnahme der sozialdemokratischen völlig passiv verhalten habe, bis sich das freie Hilfsmittel der Sache energischer angenommen habe. Überall seien die Berichterstatter zu finden, aber bei der Stigmierung des Elendes seien sie nicht dagewesen. Der Vortragende hält die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie für geboten.

Der Referent verweist dann auf die in Lincoln eingerichteten Betriebswerkstätten, die die Konkurrenz der Londoner Hausindustrie ganz gut aushalten könnten, und empfiehlt die Beschränkung der Modearbeiten, damit während der Saison eine zu große Arbeitsüberbürdung vermieden werde.

Die Forderungen der Schneider bezeichnet er als sehr minimal. Reinesfalls seien dieselben maßlos, denn in anderen Ländern seien dieselben schon durchgeführt. Man solle doch wenigstens die Konfektion der Kinderfächer aus der Heimarbeit verbannen, denn dabei würden die meisten Krankheitserreger verpflanzt. Das Bürgerturn solle sich solchen Zuständen gegenüber nicht unthätig verhalten und den Kampf dagegen den sozialistischen Gewerkschaften allein überlassen, sondern mit zu der Verbesserung der Lebenslage dieser Arbeiterkategorie beitragen. Der Fünfer-Kommission der Berliner Konfektions-Arbeiter und -Arbeiterinnen rühmt er Fachkenntnis, Sachlichkeit und Ehrlichkeit nach. Auch sei sie verständlich gekniet gewesen. Im Streit kann Freiherr von Soden kein Unrecht erblicken. Er erklärt den Streit für das einzige Mittel zur Besserstellung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter, solange die Zustände in der Konfektion wie jetzt bleiben.

In der Diskussion sprechen mehrere Sozialdemokraten über die Lage der Arbeiter im allgemeinen und die ablehnende Haltung der bürgerlichen Parteien gegenüber den sehr berechtigten Forderungen der arbeitenden Klassen. Den Nothstand erkenne man erst an, wenn er akut werde, aber für seine Beseitigung thue die bestehende Gesellschaft nichts. Hierzu den Gebot zu zwingen, bedürfe es einer regen, angestrebten und energiegelben Thätigkeit. Herr Pastor Dreißdorf mißt die Schuld an den Zuständen in der Berliner Konfektion der "übertriebenen Gewerbefreiheit" bei und bittet, an diesem Punkte einzuschlagen. Herr Pastor Gregori will, die Möglichkeit vorausgesetzt, auch mit den Sozialdemokraten zusammen arbeiten um eine Besserung der Lage der arbeitenden Klassen herbeizuführen, trotzdem die sogenannten Kathedersozialisten bei den Sozialdemokraten verpönt seien. Dr. Schumpke spielt dann noch die Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Partei aus und empfiehlt den Gewerkschaften, sich von der Partei loszusagen.

In seinem Schlusswort nimmt Professor von Soden die Fünfer-Kommission gegen den selben vom Schneider Seger gemachten Vorwurf der Schacherpolitik in Schutz und erklärt, daß bei der Hartnäckigkeit der Konfektionäre nicht mehr zu erreichen gewesen sei. Die 81 größeren Herrenkonfektionäre sollen alle fühliger Herkunft sein. Er schließt mit dem Wunsch, daß durch gemeinsame Arbeit etwas erzielt werden möge. Der Vorsitzende giebt noch bekannt, daß der nächste Vortrag der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung, erst im Herbst stattfinden werde.

Versammlungskalender.

- Montag: Gewerkschaftsarbeit. Unberücksichtigt, Ritterstr. Abends halb 9 Uhr. 1. Bericht des Vorstandes über die Angelegenheit der Wäsche in Gumboldt. 2. Stellungnahme zu einem Arbeitsamt.
- Sonntag: Arbeiter und Arbeiterinnen. Untereckelstraße 7. 1. Vortrag des Genossen Mittel über: Die Klassenkämpfe der Gegenwart. 2. Stellungnahme der Einzelmitglieder zur Generalversammlung und Kundgebung eines Kandidaten. 3. Stellungnahme zum internationalen Schutzmärktenkongreß in London.
- Leipziger Gewerkschaft für ethnische Kultur. Eldonow, Waisenborger Straße. Abends halb 9 Uhr. 1. Vortrag des Herrn Dr. W. Mendel über: Gemeinshaft, Weisheit und Verstand.
- Dienstag: Große öffentl. Versammlung der sozialdemokratischen Partei des 12. und 13. Bezirkswahlkreises. Pankow, Deebener Straße. 1. Die internationale Arbeiterbewegung und der deutsche Kampf. 2. Event. Delegationenwahl. Referent: Genosse Dr. Schönlank.

Gerichtssaal.

Thorn, 4. Juli. Das Schwurgericht verhandelte gestern und heute im Wiederannahmeverfahren gegen den Käthner

Kopisteki, der wegen des Mordes des Barons v. d. Goltz und des Försters Rath im Juni 1893 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden ist. In dem auf das Geständnis des zum Tode verurteilten Mithschuldigen Malinowski fuhr vor seiner Hinrichtung hin, daß Kopisteki auch schuldig sei, wieder aufgenommenen Verfahren sprachen die Geschworenen den letzteren abermals schuldig. Der Gerichtshof nahm an, daß die Geschworenen zum Nachtheil des Angeklagten sich geirrt hätten, und verwies die Sache zur neuen Verhandlung vor das nächste Schwurgericht.

Von Nah und Fern.

Gemüth, 4. Juli. Am Dienstag ist der letzte der beim Eisenbahnunglück bei Dederau am 19. September 1895 verletzten Soldaten des 9. Infanterie-Regiments Nr. 133 aus dem hiesigen Garnisonlazarett geheilt in seine Heimat entlassen worden.

Berlin, 5. Juli. In dem Prozesse des Bankwindlers Hermann Friedmann, der Millionen ergaunert und verpielt hat, ein frecher, beschränkter Tropf, der aber noch Dämmere, als er war, hinter sich führte, trat der Angeklagte nach dem Plaidoyer des Vertheidigers vor die Geschworenen und rief kühn und ländernd: „Gnade, Gnade! Ich will Tag und Nacht arbeiten, um den Schaden wieder gutzumachen, nur nicht in das Zuchthaus. Meine Eltern waren brave Leute und meine armen Kinder!“ Er zeigte den Geschworenen das Bild der Kinder, um Gnade flehend. Der Vorsitzende ließ den Angeklagten in den Anklageraum zurückführen. Es folgt die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte zehn Jahre Zuchthaus und Ehrverlust von gleicher Dauer beantragt.

Berlin am 17. Juni ist, wie uns ein Privattelegramm meldet, von der Staatsanwaltschaft gegen 17 bekannte Berliner Firmen wegen Wuchers an dem eben abgewickelten Hermann Friedmann Untersuchung eingeleitet worden.

Der russische Volkssekretär Baron v. Knorring wurde bei einer Spazierfahrt gestern infolge Scheuwerdens des Pferdes gegen eine vorüberfahrende Droßke geschleudert und erlitt bedeutende Verletzungen an der linken Kopfseite, sowie mehrere linksseitige Rippenbrüche und eine Verletzung des Brustfelles bei starkem Blutverlust. Der Verletzte wurde nach der Klinik überführt.

Hamburg, 4. Juli. Seit zwei Jahren, so lesen wir in der Frankfurter Zeitung, ist es der dritte Fall, daß ein in „Vertrauensstellung“ befindlicher Hamburgischer Beamter wegen zahlreicher Unterschlagungen im Amte verurteilt worden ist. Heute verurteilte das Landgericht den Registrator der Aufsichtsbehörde für die Standesämter, Powell, zu 4 1/2-jährigem Gefängnis für eine ganze Reihe von Unterschlagungen amtlicher Gelder, zusammen rund 24000 M., während zweier Jahre. Wegen fehlender Kontrolle — auch in den früheren Fällen mangelte sie bei den damaligen „Vertrauensleuten“ — war es B. auch möglich gewesen, 43 amtliche Urkunden, die das Fehlen des Geldes hätten aufdecken können, zu beseitigen.

Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete gestern in Eimsbüttel eine aus sechs Personen bestehende Wilddieb- und Schlerbande. Die Bande hat in den Jagdrevieren des Sachsenwaldes und von Wedel und Bergedorf viel Wild während der Schonzeit in Schlingen gefangen und demselben dann nachträglich durch Anschließen einer jagdgerechten Form gegeben.

Rostock i. M., 5. Juli. Bezüglich des studentischen Mordverwehens scheint hier, so wird der Berliner Volkszeitung aus Rostock geschrieben, von den Behörden neuerdings eine schärfere Prozedur geübt werden zu sollen. Während hier bisher nur gegen solche Studenten vorgegangen zu werden pflegte, die auf der Menjur selber betroffen wurden, ist jetzt von der Staatsanwaltschaft Untersuchung eingeleitet wegen zweier Schlägermordfällen zwischen Mitgliedern des hiesigen Corps Westgothia und des Halleischen Corps Teutonia auf Grund einer Anzeige und eines in der sozialdemokratischen Mecklenburger Volks-Zeitung enthaltenen gewöhnlichen Berichtes. — Die milden „Strafen“, die das Gesetz in solchen Fällen zuläßt, pflegen nicht abschreckend zu wirken.

Bremen, 5. Juli. Die Rettungsstation Baltikum telegraphirt: Am 5. Juli wurden von einem hier gefrandeten Schoner 6 Personen durch das Rettungsboot Georg Drensing der Station gerettet. Der Schoner hatte Holzladung und war von Papenburg nach Ellenferdammersee bestimmt.

Münster i. Westf., 4. Juli. Das Schwurgericht verurteilte die Hebamme Rabowcy aus Biesborn wegen Mordes, begangen an einem fremden unehelichen Kinde, zum Tode.

Trier, 4. Juli. Eine doppelte Hinrichtung fand am Sonnabend früh im Hofe des Trierischen Gefängnisses statt. An dem Stellmacher Meurer und der Witwe Schneider aus Stipshausen, die den Mann der letzteren vergiftet haben, wurde durch Scharfrichter Reindel die Todesstrafe vollzogen. Vor den Schranken des hiesigen Schwurgerichts stand der verheiratete Schlosser Karl Reisen, der lange der Schrecken der weiblichen Bevölkerung unserer Stadt gewesen ist. Dem Trierischen „Jad“ wurden nicht weniger als fünf Sittlichkeitsverbrechen nachgewiesen, und da er überdies wegen der gleichen Verbrechen schon dreimal verurteilt ist, so wurde er zu zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Karlsruhe, 4. Juli. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das mit dem 1. d. M. in Kraft getreten ist, scheint auch einzelnen Verlegern von Zeitungen Schmerzen zu bereiten. Die Mannheimer Volksstimme stellt wenigstens fest, daß der Badische General-Anzeiger vulgo Mannheimer Tageblatt die ständige Mitteilung an der Spitze des Blattes: „Dieses Blatt gelangt infolge seiner großen Auflage täglich zu Händen von etwa 35—40000 Lesern“ seit einigen Tagen weggelassen hat.

Fürth, 4. Juli. Stützen der Gesellschaft. Der Vorschauvereinsstempel in Schwabach, der einen hervorragenden Ordnungsmann veranlaßt, sich mittels Gift aus der Welt zu schaffen und den „unglücklichen Hinterbliebenen“, den Wittwen u. s. w., über eine Million zu hinterlassen, nämlich an Schulden, die sie jetzt zahlen sollen, ist kaum ein wenig vermindert, und schon wieder macht eine Finanzstandalgeschichte die hiesige Umgebung „rebellisch“.

In Fürth erhängte sich vorige Woche eine hervorragende nationalliberale Parteigröße, ein Mann nach dem Herzen des Leipziger Tageblatts und der künftigen Leipziger Zeitung, der Kaufmann Lehner, Vorsitzender des Vereins zur Schadloshaltung der Geschworenen, Aufsichtsrat der Altiengeellschaft

für Carberie und Zirnerei und erster Kassierer des Kreditvereins in Bürgerverein. Letzterer ist die nationalliberale Parteigröße an Orte und zählt die hervorragendsten der „Gesellschaft“ zu seinen Mitgliedern, die „ersten und besten“ der Bürgerschaft.

Wittags sollte die Revision seiner Kasse vorgenommen werden, eine halbe Stunde vorher knipste Lehner sich an einem Kleiderhaken in einer Badezelle auf. Der Mann hatte das denkwürdige Vertrauen großer Bevölkerungskreise genossen, er war in aller Augen ein Ehrenmann erster Gattung, von dem man sich nicht einmal eine Duntung über angelegtes Geld zu verlangen getraute, der mit seiner biedermännischen Redeweise die Dummheit, die ihm das Geld zutrug, massenhaft einflößte.

Und nun stellt sich heraus, daß er mehr als 120000 M. unterschlagen, die Bücher gefälscht und Hunderte von „kleinen Leuten“ in niederträchtigster Art geschädigt hat. Die einzelnen Verurteilungen gehen bis zum Jahre 1872 zurück, ein Beweis für die „gewissenhafte“ Kontrolle, die von den an der Spitze des Vereins stehenden Stützen der Gesellschaft geübt wurde.

Die interessanteste Frage ist nur die, ob der Bürgerverein für das Defizit verantwortlich gemacht werden kann, da der Kreditverein eine Abteilung dieses Vereins ist. Die Hoffnung zahlreicher Optimisten, daß die „Vornehmen“ der Stadt, die dem Bürgerverein angehören, freiwillig in den Geldbeutel greifen und zahlen werden, bevor der Skandal „lautbrüchig“ wird, hat sich nicht erfüllt: Was schadet auch so ein kleines Ständälchen, wenn man sein Geld dabei spart. Die Dummheit, die ihre saueren Spargroschen losgeworden sind, sind ja „nur“ Handwerker und Arbeiter. Die sollen die Dummheitssteuer nur zahlen.

Glogau, 5. Juli. Erschossen hat sich in Glogau in der Kaserne auf der Kasernenstraße der Unteroffizier Kotowski von der 3. Compagnie mit seinem Dienstgewehr. Ursache: Schulden.

Warschau, 5. Juli. In Lathozow (Gouvernement Podolien) ist in der staatlichen Spiritus-Verkaufs-Anstalt durch Umwerfen einer Petroleumlampe ein großer Brand entstanden, wobei 8 Personen in den Flammen umkamen. Zwei Anstaltsbeamte erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Berbersied, 4. Juli. Einem jungen Radfahrer wehte am Westde-Staden der Wind den Hut ab. Der Radfahrer griff nach seinem Kopf und gab in demselben Augenblick mit der anderen Hand unbewußt der Lenkstange eine solche Richtung, daß das schnell dahinjagende Rad gegen die Brustmauer der Westde prallte und er in den Fluß stürzte. Ein in der Nähe weilender Arbeiter Namens Zignse, holte eine Leiter und rettete den schwerverwundeten Radfahrer. Zignse selbst aber fühlte sich seit dem Augenblick unwohl und starb nach wenigen Stunden, nachdem er dem zugezogenen Arzt erklärt hatte, daß ihn bei dem Anblick des Unfalles ein tödliches Entsetzen befallen habe.

Rairo, 5. Juli. Die Cholera herrscht noch immer heftig; es kamen in den letzten 6 Tagen in Gharai 147 Erkrankten und 112 Todesfälle, in den übrigen Provinzen 342 bzw. 271, unter den ägyptischen Truppen in Wadihalsa 27 Erkrankten und 2 Todesfälle vor.

Aus Japan melden neueste Telegramme, daß über 50000 Menschen durch Heberschwemmung umgekommen sind.

Rio de Janeiro, 5. Juni. Gestern abend platzte vor einem Spielhause eine Dynamitbombe, worauf das Haus von bewaffneten Personen angegriffen wurde. Eine Anzahl Personen wurde getötet und verletzt. Man glaubt an ein Einverständnis mit der Polizei.

Professor Wehlan vor dem Disciplinargerichtshof des Reichsgerichts.

Der Vorsitz führte Reichsgerichtspräsident v. Oehlschläger, die Anklage vertrat Dr. v. Buri, Assessor im Auswärtigen Amte. Wehlan war selbst erschienen. Nach dem Bericht des Reichsgerichtsrats Oshausen heißt Wehlan Karl Alwin und ist am 12. November 1860 in Stockhof in Brandenburg geboren. Er wurde am 15. November 1890 preussischer Gerichtsassessor und ist Reserveoffizier. Wehlan war zur provisorischen Vertretung des Kanzlers Leist in der Zeit von 1892 bis Mitte 1893 in Kamerun. Die Amtsverletzungen hat Wehlan Anfang 1893 begangen.

Gegen das Urteil der Disciplinarkammer in Potsdam vom 7. Januar d. J. hat das Auswärtige Amt und Wehlan Berufung eingelegt. Ersteres hat beantragt, auf Dienstentlassung zu erkennen, letzterer beantragt die Freisprechung und Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Wehlan hat am 19. Mai d. J. vom Reichskanzler eine Verfügung erhalten, wonach er sich jederzeit zur Verfügung des Auswärtigen Amtes halten soll. Es werden die einzelnen, von uns bereits in der Sonnabendnummer berichteten Fälle durchgegangen. Wehlan wurde nach jedem Falle Gelegenheit gegeben, sich dazu zu äußern. Zu der Verhängung von Blichungsstrafen wegen Nichtbezahlung von Privatschulden bemerkte Wehlan, daß er die Blichung aus demselben Grunde vorgenommen hat, wie ein Vater sie vorgenommen haben würde, wenn sein Sohn auf Abwege geriete.

Auf Befragen des Vorsitzenden, daß nach heimischem Recht die Blichung überhaupt nicht zulässig, nach afrikanischem Recht aber nur die Schuldhafte zulässig sei, bemerkte Wehlan, früher seien in den Fällen, wo die Schwarzen sich der Vertragserfüllung gegen deutsche Firmen entzogen hätten, die Dörfer niedergebrannt worden. Er habe sich nun gefaßt, daß diesem Verfahren die Blichung der Schuldner vorzuziehen sei, die er als zulässig erachtet habe. Zu der ungerechtfertigten Tötung von Gefangenen und Erkennung zu hoher Strafen giebt Wehlan an, daß er die Tötung ohne Waffe allerdings aus Vorsicht angeordnet habe. Er habe angeordnet, daß sie gehängt werden sollten; daß die Gefangenen mit dem Säbel niedergeschlagen worden seien, habe er nicht gewußt.

Zur Mißhandlung Etckas hat der Obersteuermann Jeschowitz bekundet, daß Wehlan E. mit dem Fuße gegen den Unterleib gestochen, was Wehlan oft zu thun pflegte, wenn Schwarze ihm nichts recht machten. Wehlan erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß die Zeugen aus Haß und Rachsucht mehr gesehen haben als passiert ist, er habe E. nicht mit dem Fuß gegen den Unterleib gestochen, sondern E. habe, als er die Strafe anordnete, seine Knie unklammernd und bei der Abschüttelung könne er wohl E. gestoßen haben. Befragt, womit er die Rachsucht der Zeugen gegen ihn begründe, erklärt Wehlan, daß er mit Jeschowitz wiederholt auf seinen Reizen Differenzen gehabt habe.

Die Frage eines Beisitzers des Gerichts, ob die Anwendung

Der Prügelftraße dem Gouverneur und dem Kolonialamt bezw. dem Auswärtigen Amt bekannt gewesen sei, bejagt Wehlan. Professor von Buri kann dies nicht zugeben, er wolle sogar in seinem Plädoyer darauf Bezug nehmen, daß dem Chef der Kolonialabteilung davon nichts bekannt gewesen ist, bis die Sache im Reichstage zur Sprache gebracht wurde.

Die Verhandlung dauert fort.

Litterarisches.

H. C. Steinhagen, Nicht Christentum, sondern Menschentum. Leipzig, Verlag von Otto Wigand. Preis 30 Pf.

Quittung

Über im Monat Juni beim Kassierer des Vereins Gewerkschafts-faktell eingegangene Gelder:

- 5. Juni: Textilarbeiter durch Gen. St. Listengelb Mk. 50.—
8. Juni: Notenfischer durch Gen. R. M. 20.—
10. Juni: Kupferfischer durch Gen. S. M. 10.—
13. Juni: Metallarbeiter durch Gen. St. Listengelb Mk. 2.30.

130. Sächsische Landeslotterie.

1. Klasse.

Ziehung vom 6. Juli.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 107 Mark gezogen.

- 30000 auf Nr. 4115 bei Herren C. Otto Friedrich in Thum und F. Hermann in Pulsnitz.
5000 auf Nr. 49015 bei Herrn C. W. Schumann in Altenburg.
884 889 319 908 136 (150) 792 31 421 761 696 (300) 476 12

Table with multiple columns of numbers, likely a lottery or drawing table. Includes numbers like 618 600 507 351 997 (1000) 676 (300) 390 170 42 888 536.

halbjährliche Kündigung. Bei wöchentlicher und monatlicher Mietszahlung gilt aber, wenn eine andere Vereinbarung nicht getroffen ist, wöchentlicher resp. monatliche Kündigung.

Küchenzettel der Rüdlichen Speiseanstalten. Dienstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Hr. Erbsen u. Möhren m. Schöpfenspeise.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Montag den 6. Juli: 179. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, woch.). Die Jüdin von Toledo.

Kleines Theater.

Nach Sonnabend: Geflohen.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Table with columns for commodity types (Weizen, Roggen, Gerste, etc.) and prices. Includes text like 'Weizen per 1000 kg netto inländischer 162-166 bez. Brf'.

Fiktalen der Leipziger Volkszeitung.

- Leipzig: Frau M. Weier, Alsterstraße 12, p.
Herr R. Röber, Markthallenstraße 12, p.
Herr R. Jäger, Glodenstraße 4 (Restaurant).

Briefkasten der Redaktion.

H. G. Connewitz. Wird demnächst behandelt.

Ankunft in Rechtsfragen.

12 in 2. 1. Wer 150 Mark und darunter Miete bezahlt, hat, wenn nichts anderes vereinbart ist, vierwöchentliche Kündigung, wer über 150 Mark Miete zahlt, hat, wenn nichts anderes vereinbart ist,

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.

Im Glückrade verbleiben nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 à 25000, 1 à 20000, 1 à 10000, 2 à 5000, 8 à 3000, 10 à 1000.